

Zeitschrift für Beratung und Studium

Handlungsfelder, Praxisbeispiele und Lösungskonzepte

„Zulassungschaos“ an den Hochschulen

- „Die Politik ist gefordert...“
Interview mit Dr. Ulf Bade, Direktor der ZVS
- Hochschulzulassung: Vom Versagen der Politik
und der Scheu vor Verantwortung
 - „Antistaatliche Affekte...“
Interview mit Prof. Dr. Volker Ronge
- Entwicklungsperspektiven für internetbasierte
Tests zur Studienorientierung
 - „Studium lohnt!“ - eine Initiative
der Brandenburger Hochschulen
- Das Online-Coaching-Portal „UPrepare“ im
Akademischen Auslandsamt der Universität Potsdam.
Eine Zwischenbilanz

2 | 2009

Herausgeberkreis

Sabina Bieber, Dr., Zentrale Studienberatung der Universität Potsdam, Vorstandsvorsitzende der GIBeT e.V. - Gesellschaft für Information, Beratung und Therapie an Hochschulen

Helga Knigge-Illner, Dr., bis 2005 Zentraleinrichtung Studienberatung und Psychologische Beratung, Freie Universität Berlin (geschäftsführende Herausgeberin)

Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär des DSW - Deutsches Studentenwerk, Berlin

Uli Knoth, Leiter des SSC - Student Service Center der Fachhochschule Darmstadt

Elke Middendorff, Dr., Hochschul-Informations-System (HIS) Hannover

Gerhart Rott, Dr., Akad. Direktor, Zentrale Studienberatung, Bergische Universität Wuppertal, ehem. Präsident des FEDORA - Forum Européen de l'Orientation Académique

Klaus Scholle, Zentraleinrichtung Studienberatung und Psychologische Beratung, Freie Universität Berlin (geschäftsführender Herausgeber)

Sylvia Schubert-Henning, Leiterin der Studierwerkstatt, Universität Bremen

Wolff-Dietrich Webler, Prof., Dr., Leiter des IWBB - Institut für Wissenschafts- und Bildungsforschung, Bielefeld

Michael Weegen, Dr., Leiter des Projekts Informationssystem Studienwahl und Arbeitsmarkt (ISA), Universität Duisburg-Essen

Hinweise für die Autoren

In dieser Zeitschrift werden i.d.R. nur Originalbeiträge publiziert. Sie werden doppelt begutachtet. Die Autor/innen versichern, den Beitrag nicht zu gleicher Zeit an anderer Stelle zur Publikation angeboten zu haben. Beiträge werden nur dann angenommen, wenn die Autor/innen den Gegenstand nicht in vergleichbarer Weise in einem anderen Medium behandeln. Senden Sie bitte zwei Exemplare des Manuskripts in Papierform sowie einmal in Dateiform (kann als Daten-CD der Papierform beigelegt oder per

E-Mail zugeschickt werden) an die Redaktion (Adresse siehe Impressum).

Wichtige Vorgaben zu Textformatierungen und beigefügten Fotos, Zeichnungen sowie Abbildungen erhalten Sie in den „Autorenhinweisen“ auf unserer Verlags-Homepage: „www.universitaetsverlagwebler.de“.

Ausführliche Informationen zu den in diesem Heft aufgeführten Verlagsprodukten erhalten Sie ebenfalls auf der zuvor genannten Verlags-Homepage.

Impressum

Verlag, Redaktion, Abonnementsverwaltung

UVW UniversitätsVerlagWebler

Der Fachverlag für Hochschulthemen

Bünder Straße 1-3 (Hofgebäude),

33613 Bielefeld

Tel.: 0521 - 92 36 10-12, Fax: 0521 - 92 36 10-22,

E-Mail: [info@universitaetsverlagwebler](mailto:info@universitaetsverlagwebler.de)

Satz: UVW, E-Mail: [info@universitaetsverlagwebler](mailto:info@universitaetsverlagwebler.de)

Geschäftsführende Herausgeber:

H. Knigge-Illner, E-Mail: knigge.illner@gmail.com

K. Scholle, E-Mail: scholle@hochschulberatung.net

Anzeigen:

Die ZBS veröffentlicht Verlagsanzeigen, Ausschreibungen und Stellenanzeigen. Aufträge sind an den Verlag zu richten. Die jeweils gültigen Anzeigenpreise sind auf Anfrage im Verlag erhältlich.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22.06.2009

Grafik:

Variation eines Entwurfes von Ute Weber Grafik Design, München. Gesetzt in der Linotype Syntax Regular.

Erscheinungsweise: 4mal jährlich

Abonnement/Bezugspreis:

Jahresabonnement: 59 Euro zzgl. Versandkosten

Einzelpreis: 15 Euro zzgl. Versandkosten

Abobestellungen und die Bestellungen von Einzelheften sind unterschrieben per Post, E-Mail oder Fax an den Verlag zu richten.

Das Jahresabonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn es nicht 6 Wochen vor Jahresende gekündigt wird.

Druck:

Sievert Druck & Service GmbH,

Potsdamer Str. 190, 33719 Bielefeld

Copyright: UVW UniversitätsVerlagWebler

Die mit Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Falle die Auffassung der Herausgeber bzw. Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte/Rezenzionsexemplare wird keine Verpflichtung zur Veröffentlichung/Besprechung übernommen. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn dies ausdrücklich gewünscht wird und ausreichendes Rückporto beigefügt ist. Die Urheberrechte der hier veröffentlichten Artikel, Fotos und Anzeigen bleiben bei der Redaktion. Der Nachdruck ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Zeitschrift für Beratung und Studium

Handlungsfelder, Praxisbeispiele und Lösungskonzepte

Editorial

31

Beratungsentwicklung/-politik

„Die Politik ist gefordert...“

Interview mit Dr. Ulf Bade, Direktor der ZVS

32

Wolfgang Lieb

Hochschulzulassung: Vom Versagen der Politik
und der Scheu vor Verantwortung

35

„Antistaatliche Affekte...“

Interview mit Prof. Dr. Volker Ronge

39

Anregungen für die Praxis/ Erfahrungsberichte

*Benedikt Hell, Ulrike Leitner,
Anne Pajarinen & Katja Päßler*
Entwicklungsperspektiven für internetbasierte
Tests zur Studienorientierung

44

Christian Mödebeck & Robert Meile
„Studium lohnt!“ - eine Initiative
der Brandenburger Hochschulen

49

Ute Minckert & Marita Böhning
Das Online-Coaching-Portal „UPprepare“
im Akademischen Auslandsamt der Universität Potsdam.
Eine Zwischenbilanz

54

Seitenblick auf die Schwesterzeitschriften

Hauptbeiträge der aktuellen Hefte
Fo, HSW, HM, P-OE und QiW

IV

2 | 2009

Neuerscheinung im UniversitätsVerlagWebler:

Reihe Motivierendes Lehren und Lernen in Hochschulen: Praxisanregungen

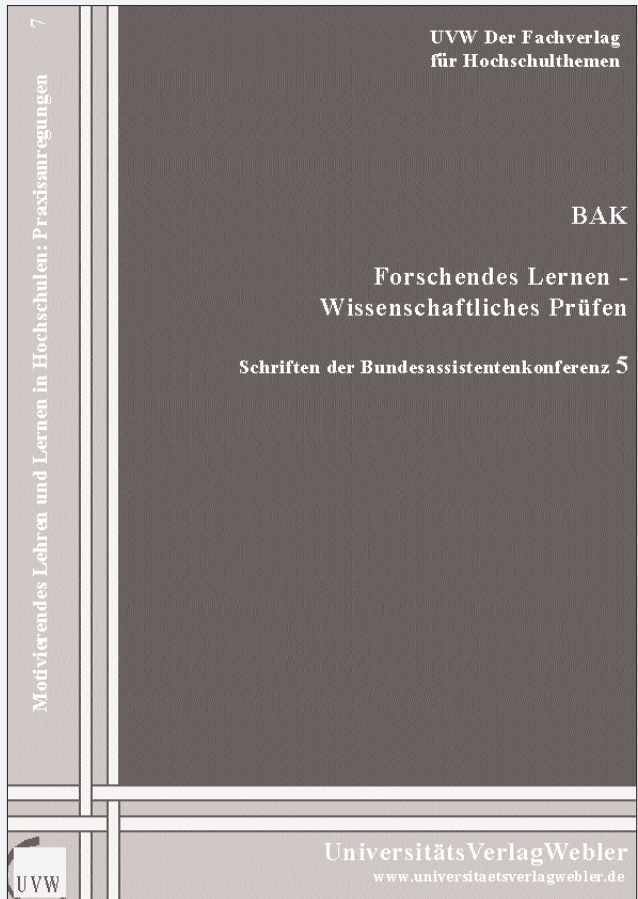
BAK

**Forschendes Lernen - Wissenschaftliches Prüfen
Schriften der Bundesassistentenkonferenz 5**

Viele Bachelor-Studiengänge stehen in der Gefahr, die Studierenden noch weiter als bisher von einem wissenschaftlichen Studium mit Forschungsbezug zu entfernen und dies allenfalls auf die Master-Studiengänge zu verweisen. Hier wird ein gegenteiliger Standpunkt vertreten: Forschendes Lernen gehört in den ersten Teil des Studiums, ja in das Grundstudium.

Die Bundesassistentenkonferenz (BAK) hat seiner Zeit viel beachtete Konzepte zur Reform der Hochschulen und zur Studienreform entwickelt. Die BAK war zwischen 1968 und 1972 die gewählte Repräsentanz der wissenschaftlichen Assistenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter auf Bundesebene. Ihr Hochschuldidaktischer Ausschuss hat damals die Schrift „Forschendes Lernen - Wissenschaftliches Prüfen“ vorgelegt, die mit ihren Erkenntnissen und Forderungen - man mag es bedauern oder bewundern - bis heute ihre Aktualität nicht eingebüßt hat.

Viele heutige Reformschriften beziehen sich daher noch auf sie, ohne dass ihr Text vielfach noch verfügbar wäre. Das ist Grund genug, diese Schrift nach 40 Jahren neu aufzulegen, um ihre Anregungen in die gegenwärtige Debatte wieder einzubringen. Gerade im Zeichen der Bachelor- und Master-Studiengänge können die hier entwickelten Konzepte wichtige Reformanregungen bieten. Sie können auf unverzichtbare Elemente eines wissenschaftlichen Studiums erneut aufmerksam machen, die in einer oft eher oberflächlichen Umstellung der Studiengänge auf gestufte Studienabschlüsse - wie eingangs betont - verloren zu gehen drohen.



ISBN 3-937026-55-X, Bielefeld 2009,
72 Seiten, 9.95 Euro

Bestellung - Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Liebe Leserinnen und Leser,

zur Sommerzeit ist an den Hochschulen Bewerbungszeit. Seit einiger Zeit sind die Bewerbungsverfahren zum Studium unter dem Schlagwort „Zulassungschaos“ Gegenstand öffentlicher Diskussion. In den Studienberatungsstellen der Hochschulen sorgt die Situation für jede Menge zusätzliche Arbeit: Die Studienplätze immer weniger Fächer werden in zentralen, bundesweiten Verfahren vergeben; stattdessen sind flächendeckende lokale Zulassungsbeschränkungen, die viele parallele Studienbewerbungen notwendig machen, inzwischen stark verbreitet. In der Konsequenz ergeben sich in vielen Fällen unbesetzte Studienplätze trotz hoher Studienplatznachfrage, da durch Mehrfachbewerbungen und –zulassungen nicht angenommene Plätze nicht mehr rechtzeitig vor Beginn des Lehrbetriebs besetzt werden können. Bei der Zustandsdiagnose herrscht meist Konsens; wie die notwendige Reform der Hochschulzulassung aber auszusehen hat, ist zwischen den Akteuren nach wie vor umstritten.

In einem Interview nimmt *Dr. Ulf Bade*, Direktor der ZVS, zur aktuellen Situation und zu den Angriffen auf die ZVS Stellung. Er rückt in den Mittelpunkt, dass die ZVS bzw. eine neu zu gründende Serviceeinrichtung als Nachfolger der ZVS nur das ausführen kann, was von Seiten der Politik beschlossen und in eine rechtliche Form gegossen wird. Nicht die ZVS oder eine neue Serviceagentur macht die Regeln für den Hochschulzugang, sondern sie führt sie nur aus. Gefordert ist somit die Politik. **Seite 32**

Da in der öffentlichen Diskussion Stellungnahmen der zuständigen Ministerien sowie der Hochschulrektorenkonferenz dominieren und deren Haltung deshalb in der Fachöffentlichkeit weitgehend bekannt ist, kommen zum Schwerpunktthema dieser Ausgabe der ZBS des weiteren zwei Kritiker des Prozesses zu Wort.

Dr. Wolfgang Lieb, u.a. ehemaliger Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministerium, bezieht sich in seinem Beitrag „**Hochschulzulassung: Vom Versagen der Politik und der Scheu vor Verantwortung**“ insbesondere auf die Rolle, die die Hochschulrektorenkonferenz im Prozess der Reform der Hochschulzulassung spielt. Er wirft der HRK vor, nicht die Interessen der Bewerberinnen und Bewerber, sondern allein die Interessen der Hochschulleitungen zu vertreten. Auf der Strecke bleiben nach seiner Meinung dabei die gut durchdachten Reformvorschläge zum Hochschulzugang, die der Wissenschaftsrat formuliert hat. Der Hochschulpolitik attestiert der Autor, sich auf Basis eines falschen Verständnisses von Hochschulautonomie der Verantwortung entzogen zu haben. **Seite 35**

Auch der ehemalige Vorsitzende der nordrhein-westfälischen Rektorenkonferenz und Rektor der Wuppertaler Universität, *Prof. Dr. Volker Ronge*, äußert in einem Interview harsche Kritik an der Hochschulrektorenkonferenz, die nach seiner Auffassung „weder von Politik noch von Bürokratie eine Ahnung hat“ und sich deshalb in ihrer Kompetenz für die Neuregelung des Hochschulzugangs ungeheuer überschätzt und außerdem „antistaatliche Affekte“ ausagiert hat. Die den Entwicklungen zugrundeliegenden Entstaatlichungsvorgänge stellt er in einen größeren Zusammenhang



Helga Knigge-Illner



Klaus Scholle

und sieht die Gefahr, dass sich das Wissenschaftssystem auflöst und in das Wirtschaftssystem inkorporiert. Bildung wird so von Wissenschaft entkoppelt, und die Masse der Hochschulen könnte sich zu reinen Lehranstalten entwickeln, die nach ökonomischen Prinzipien operieren. **Seite 39**

Außerhalb des Schwerpunktthemas erwarten Sie in dieser ZBS-Ausgabe folgende Beiträge:

Der Beitrag „**Entwicklungsperspektiven für internetbasierte Tests zur Studienorientierung**“ von *Benedikt Hell, Ulrike Leitner, Anne Pajarinen & Katja Päßler* (Universität Konstanz) gibt die „Ergebnisse eines Workshops zum Thema Weiterentwicklung von Orientierungstests“ wieder, zu dem sich die Studienberater Baden-Württembergs trafen. Als Ziel der internetbasierten Verfahren zur Studienorientierung soll eine bessere Passung zwischen Person und Studien- bzw. Berufsanforderungen erreicht werden. Weiterhin wurde diskutiert, in welchen Phasen die Instrumente zur Studienorientierung am besten eingesetzt und welche weiteren Merkmale von Studieninteressenten in die Self-Assessment-Tests einbezogen werden sollten. Außerdem stellte sich die Frage, in welcher Weise Orientierungstests in den Beratungsprozess der Studienberatung einzubinden sind. **Seite 44**

„**Studium lohnt!**“ – eine Initiative der **Brandenburger Hochschulen**, wird von *Christian Mödebeck und Robert Meile* von der Universität Potsdam, vorgestellt. Das Projekt soll die Studierneigung der Brandenburger Abiturienten erhöhen. Durch verschiedene Maßnahmen der Schulbetreuung und Module zur Studienorientierung sollen Berührungängste der Schüler und Schülerinnen gegenüber der Universität abgebaut werden. Die ersten Ergebnisse der Evaluierung zeigen eine positive Resonanz der Abiturientinnen und Abiturienten. **Seite 49**

Ein weiterer Bericht aus Potsdam stellt „**Das Online-Coaching-Portal „UPprepare“ im Akademischen Auslandsamt der Universität Potsdam** vor. *Ute Minckert & Marita Böhning* ziehen „**Eine Zwischenbilanz**“. UPprepare ist ein multimediales Service-Angebot für ausländische Studierende und Studierende, die ein Auslandsstudium oder Auslandspraktikum planen. Über die Registrierung der Zielgruppen wird eine schnellere und differenzierte Information erreicht. Die Betreuung der Nutzer reicht von Tasks (Texte), Lektionen (zum Spracherwerb) bis hin zur Aufforderung zu wichtigen Unternehmungen (Antrag auf Krankenversicherung). Das Resümee fällt positiv aus. **Seite 54**

Helga Knigge-Illner, Klaus Scholle



„Die Politik ist gefordert...“ Interview mit Dr. Ulf Bade, Direktor der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS)

Die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) befand sich in den vergangenen Monaten häufig in der öffentlichen Diskussion. Von Seiten der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) wird der ZVS vorgeworfen, die Herausforderung ihres Umbaus zu einer zentralen Serviceagentur für die Studienplatzvergabe nicht bestanden zu haben. Das schon seit Jahren andauernde „Zulassungschaos“ an den deutschen Hochschulen wird der ZVS zum guten Teil angelastet. Die ZBS sprach zum Thema mit Ulf Bade. Der promovierte Jurist ist seit dem Jahr 2003 Direktor der ZVS und war vorher bereits seit 1996 dort Abteilungsleiter. Das Gespräch führte Klaus Scholle.

ZBS: Herr Dr. Bade, Frau Bundesbildungsministerin Schavan hat öffentlich die Kompetenz der ZVS angezweifelt und erklärt, man „brauche Softwarespezialisten und keine Juristen“, um die Zulassung zum Hochschulstudium neu zu ordnen. Was ist eigentlich in den vergangenen Monaten aus Ihrer Sicht geschehen und trägt die ZVS Verantwortung für die eingetretenen Verzögerungen bei der Reform der Hochschulzulassung?

UB: Um mit der letzten Frage zu beginnen: Verantwortung für die eingetretenen Verzögerungen tragen wir eindeutig nicht. Man braucht nicht nur Juristen, man braucht nicht nur Softwarespezialisten, man braucht beides, und man braucht noch ein drittes, nämlich Menschen, die politische Verantwortung tragen und übernehmen. Die politischen Entscheidungsträger müssen am Beginn der Kette stehen: Zunächst ist die Politik gefordert, Leitlinien für das Zulassungswesen aufzustellen und Entscheidungen zu treffen. Sodann haben wegen der Grundrechtsrelevanz der Zulassung zum Hochschulstudium die Juristen das Wort, um zu überprüfen, ob das Gewünschte machbar und vertretbar ist, oder ob Einschränkungen vorzunehmen sind. Und im letzten Schritt haben die Softwareexperten die gewünschte Lösung zu entwickeln und umzusetzen. In der Vergangenheit wurde dieser Dreiklang ein wenig durcheinander gebracht. Zunächst wurden Anforderungen an das Zulassungsrecht definiert und entsprechende Programmieraufträge an die ZVS vergeben, dann aber – und zwar in Kenntnis der höchst prekären Terminlage – die Anforderungen wieder geändert. Diese kurzfristigen Änderungen konnten

weder die ZVS noch die für die Programmierung zuständige DV-Einrichtung des Landes NRW in der Kürze der Zeit leisten. Auch andere Projektträger wären dazu nicht in der Lage gewesen. Zu diesem Ergebnis sind auch von den Landesministerien eingesetzte Datenverarbeitungsexperten gekommen und haben damit die Auffassung der ZVS bestätigt.

ZBS: Sie haben von politisch Verantwortlichen gesprochen. Können Sie Institutionen oder sogar Namen nennen?

UB: Zulassungsrecht ist staatliches Recht. In soweit tragen nach der Föderalismusreform ausschließlich die 16 zuständigen Landesministerien Verantwortung.

ZBS: Herr Dr. Bade, können Sie kurz schildern, welche Lösung die ZVS für die Reform der Hochschulzulassung anstrebt? Außerdem wäre für die Leserinnen und Leser der ZBS sicher interessant zu erfahren, welche Beratungsaufgaben die ZVS zukünftig wahrnehmen möchte.

UB: Vorstellungen und Wünsche der ZVS sind hier gar nicht maßgeblich, sondern es kommt darauf an, was wir auszuführen haben. Wir sind eine nachgeordnete Einrichtung der nordrhein-westfälischen Landesverwaltung, die politisch gewünschte Ziele nach Maßgabe des zwischen den Ländern geschlossenen Staatsvertrages zu erreichen hat. Man kann feststellen, dass zwei maßgebliche Akteure am Prozess beteiligt sind: Auf der einen Seite die Vertreter der Hochschulen, auf der anderen Seite die Vertreter der Länder. In der Vergangenheit war es maßgebliches Ziel der Hochschulvertreter, unter dem Aspekt des Wettbewerbs zwischen den Hochschulen Instrumentarien zu entwickeln, mit denen man die besten Studierenden für die einzelnen Hochschulen gewinnen kann. Vor diesem Hintergrund war besonders wichtig, dass schnelle und frühzeitige Zulassungsentscheidungen getroffen werden, weil man der Meinung war, dass die am besten geeigneten Studienbewerber sich nach dem Windhundprinzip für einzelne Hochschulen entscheiden. Der Fokus der Diskussion lag eindeutig auf den Interessen der Hochschulen: Wie kommen wir zu den besten Studenten? Weniger im Blick hatte man die Belange der Bewerber, zu einem Studienplatz im gewünschten Fach zu kommen. Der Aspekt der Beratung von Bewerbern ist deshalb

zunächst in den Hintergrund getreten. Ich möchte an dieser Stelle aber auf den in der Ratifizierungsphase befindlichen Staatsvertrag verweisen, der ausdrücklich ein Bewerbungsportal im Internet sowie Information und Beratung der Studienbewerber vorsieht. Wir hoffen, dass wir zukünftig als Serviceeinrichtung mit dem neuen Namen und der neuen Rechtsform „Stiftung für Hochschulzulassung“ in den Stand versetzt werden, den Bewerbern auf dem Weg von der Schule zur Hochschule hilfreich zur Seite zu stehen. Im Zentrum steht für uns dabei, Transparenz in die Zulassungsverfahren und die Auswahlanforderungen zu bringen, weil wir meinen, dass den Bewerbern so wichtige Entscheidungshilfen gegeben werden können. Wir würden uns also auch in Zukunft auf die „technische“ Seite beschränken und nicht den Versuch machen wollen, in Konkurrenz zu den Studienberatungsstellen der Hochschulen zu treten. Diese beiden Aufgabenbereiche, nämlich Information zu den Auswahlverfahren und Beratung zu einzelnen Studienfächern, sollte man auch weiterhin trennen.

ZBS: Sie haben kürzlich eine Kooperation mit dem Internetportal www.studienwahl.de angekündigt. Was hat Sie dazu bewogen?

UB: Aus unserer Sicht gibt es in Deutschland nur zwei Internetportale, die in der Lage sind, Bewerbern einen bundesweiten Überblick zu Studienangeboten zu geben, nämlich den Hochschulkompass der HRK und das von Ihnen schon genannte Portal. Wir haben uns für www.studienwahl.de und gegen den Hochschulkompass entschieden, weil es sich bei www.studienwahl.de um eine Einrichtung handelt, die von den Ländern betreut und getragen wird. Außerdem ist eine gewisse Qualität durch die Landesministerien gesichert, da zumindest einmal jährlich zu einem Stichtag Informationen zu den Studienangeboten eingestellt werden, die von den Ländern geprüft sind. Außerdem hat uns die Suchfunktionalität stärker überzeugt. Studienangebote, für die eine Bewerbung unter Beteiligung der Servicestelle notwendig ist, sind dort besonders gekennzeichnet. Sofern sich ein Bewerber hierfür interessiert, kann er seine Wünsche in eine Merkliste setzen und diese Merkliste in die elektronische Antragstellung bei der ZVS portieren. Dieses bewerberfreundliche, kundenorientierte Verfahren ist bereits für die Bewerbung zum WS 2009/10 Realität. Mittelfristig könnten die beiden Portale www.zvs.de und www.studienwahl.de auch vereint werden, um die jeweiligen Vorteile optimal nutzen zu können.

ZBS: Die HRK hat im April 2009 erklärt, dass die Hochschulen ab dem Wintersemester 2010/2011 ein dialogorientiertes Serviceverfahren für die Studienzulassung nutzen wollen; schon ab September 2009 soll es unter dem Dach des HRK-Hochschulkompass eine internetbasierte Börse zur Vergabe von Restplätzen geben. Wird die ZVS dabei mit im Boot sein und wie beurteilen Sie die Tauglichkeit der Maßnahmen für die Bewerbungsverfahren zum anstehenden Wintersemester?

UB: Es geht letztlich um zweierlei: Zunächst einmal darum, zeitnah möglichst alle Studienplätze zu besetzen. Soweit es möglich ist, müssen alle Interessenten versorgt werden. Die

von der HRK ins Auge gefasste Restplatzbörse ist nur eine Art „Reparaturbetrieb“, und zwar für den Fall, dass es nicht gelungen ist, im Rahmen der örtlichen Zulassungsverfahren alle Studienplätze zu besetzen. Dabei handelt es sich auch nur um eine Art „schwarzes Brett“, das dann wieder auf den Hochschulkompass verweist. Eine Online-Bewerbung wird über diese Webseite nicht möglich sein, sondern die Bewerber müssen sich an den üblichen Losfahren der einzelnen Hochschulen beteiligen. Die internetbasierte Börse ist deshalb zwar eine Verbesserung gegenüber der Situation in den vergangenen Jahren, ersetzt aber nicht die notwendigen durchgreifenden Änderungen. Die Zulassungsverfahren müssen dringend dahingehend koordiniert werden, dass nicht auf der einen Seite aufgrund von Mehrfachbewerbungen Studienplätze frei bleiben und auf der anderen Seite Studienbewerber ohne Studienplatz dastehen und damit sowohl Steuergelder als auch Lebenszeit junger Menschen verschwendet werden.

ZBS: Gibt es aus Ihrer Sicht eine realistische Chance, ein für Bewerberinnen und Bewerber transparentes Verfahren zu entwickeln, das gleichzeitig die heterogenen Anforderungen sich als autonom verstehender Hochschulen sowie 16 deutscher Länder abbilden kann? Oder gleicht ein solches Vorhaben der Quadratur des Kreises und könnte nur ein Bundesgesetz zur Hochschulzulassung das Problem lösen?

UB: Zur Zeit sind hochrangige Experten damit beschäftigt, ein System zu entwickeln, das all diese Anforderungen erfüllen soll. Ich hoffe im Interesse der Bewerber und auch im Interesse der von mir vertretenen Einrichtung, dass diesen Vorhaben Erfolg beschieden sein wird.

ZBS: Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat angekündigt, für eine zentrale Servicestelle für die Hochschulzulassung 15 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Zur Auszahlung dieser Summe ist es bisher noch nicht gekommen. Wer wird das Geld erhalten?

UB: Die 15 Millionen sind geplant für die Entwicklung der neuen Zulassungssoftware und für die Anschubfinanzierung des dahinterstehenden Verfahrens. Für das Haushaltsjahr 2009 waren 5 Millionen eingestellt und sogar schon vom Haushaltsausschuss entsperert, weil bereits zum Wintersemester 2009/2010 ein von der ZVS zunächst in Eigenregie entwickeltes Verfahren zum Einsatz kommen sollte. Über Gründe und Verantwortlichkeiten für die Verzögerung hatte ich schon eingangs gesprochen. Nun gilt es, diese 5 Millionen für die Kosten der Entwicklung einer neuen Software umzulenken. Für die drei folgenden Haushaltsjahre sind Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen von jeweils 2,5 Millionen, diese Mittel müssten aber noch entsperert werden. Weiter reicht die mittelfristige Finanzplanung des Bundes nicht. Für die letzten 2,5 Millionen gibt es bislang nur eine politische Ankündigung. Der Löwenanteil der Mittel wird in die Entwicklung der Datenverarbeitung gehen, also an denjenigen, der den Zuschlag bei der Ausschreibung bekommt. Ebenfalls ein nicht unbeträchtlicher Teil der Mittel wird an das mit der Erstellung des Lastenheftes sowie der Begleitung der Implementierung beauftragte Fraunhofer-Institut gehen. Ein Rest könnte vielleicht an die ZVS gehen, um den Anschub des neuen Verfahrens zu erleichtern.

ZBS: Wir stehen kurz vor mehreren Wellen doppelter Abiturjahrgänge in den großen deutschen Ländern. Glauben Sie bei realistischer Betrachtung der Dinge, dass das neue Verfahren rechtzeitig in die Gänge kommen wird, oder rechnen Sie eher damit, dass es erst dann funktionieren wird, wenn diese Abiturjahrgänge die Schulen schon längst verlassen haben?

UB: In einer Reihe von Ländern hat es bereits doppelte Abiturjahrgänge gegeben, was aber kaum aufgefallen ist, da die dahinter stehenden Mengen nicht besonders groß waren. Anders sieht es zum Wintersemester 2011/2012 aus, wenn im Freistaat Bayern der erste doppelte Abiturjahrgang ansteht und im Jahr darauf in Baden-Württemberg. Alle unsere Bemühungen waren deshalb darauf ausgerichtet, die neue Software bereits 2010 lauffähig und einsatzbereit zu haben. Das hat sich leider aus den bekannten

Gründen als Illusion erwiesen. Nunmehr angepeilt ist das Wintersemester 2011/2012.

ZBS: Ein letzte Frage: Sie selbst haben als gebürtiger Bielefelder in Würzburg studiert. Waren Sie etwa selbst Opfer der so genannten „ZVS-Zwangsverschickung“?

UB: Ich war Kunde der ZVS im Verteilungsverfahren. Damals habe ich es für einen Irrtum des Systems gehalten, dass allein soziale Gründe ein heimatnahes Studium begünstigen sollten und dass die Abi-Note gar keine Rolle spielte. Wunschgemäß hat mich die ZVS nach Würzburg geschickt. Ich wollte im Freistaat Bayern studieren und dort auch die Staatsexamina ablegen; das habe ich bis heute nicht bereut.

ZBS: Vielen Dank für das Gespräch, Herr Dr. Bade.

René Krempkow

Leistungsbewertung, Leistungsanreize und die Qualität der Hochschullehre Konzepte, Kriterien und ihre Akzeptanz



ISBN 3-937026-52-5, Bielefeld 2007,
297 Seiten, 39.00 Euro

Mehr als eineinhalb Jahrzehnte sind vergangen, seit das Thema Bewertung der Hochschulleistungen und dabei vor allem der „Qualität der Lehre“ in Deutschland auf die Tagesordnung gebracht wurde. Inzwischen wird eine stärker leistungsorientierte Finanzierung von Hochschulen und Fachbereichen auch im Bereich der Lehre immer stärker forciert. Bislang nur selten systematisch untersucht wurde aber, welche (auch nicht intendierten) Effekte Kopplungsmechanismen zwischen Leistungsbewertungen und Leistungsanreizen wie die Vergabe finanzieller Mittel für die Qualität der Lehre haben können. Für die (Mit-)Gestaltung sich abzeichnender Veränderungsprozesse dürfte es von großem Interesse sein, die zugrundeliegenden Konzepte, Kriterien und ihre Akzeptanz auch empirisch genauer zu untersuchen. Nach der von KMK-Präsident Zöllner angeregten Exzellenzinitiative Lehre und der vom Wissenschaftsrat angeregten Lehrprofessur sowie angesichts des in den kommenden Jahren zu erwartenden Erstsemesteransturms könnte das Thema sogar unerwartet politisch aktuell werden. Im Einzelnen werden in dieser Untersuchung die stark auf quantitative Indikatoren (v.a. Hochschulstatistiken) bezogenen Konzepte zur Leistungsbewertung und zentrale Konzepte zur Qualitätsentwicklung bezüglich ihrer Stärken und Schwächen sowie Weiterentwicklungsmöglichkeiten diskutiert. Bei der Diskussion von Leistungsanreizen wird sich über den Hochschulbereich hinaus mit konkreten Erfahrungen in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung auseinandergesetzt – auch aus arbeitswissenschaftlicher und gewerkschaftlicher Sicht. Bei der Diskussion und Entwicklung von Kriterien und Indikatoren zur Erfassung von Qualität kann auf langjährige Erfahrungen und neuere Anwendungsbeispiele aus Projekten zur Hochschulberichterstattung mittels Hochschulstatistiken sowie Befragungen von Studierenden und Absolventen sowie Professoren und Mitarbeitern zurückgegriffen werden. Abschließend werden Möglichkeiten zur Einbeziehung von Qualitätskriterien in Leistungsbewertungen und zur Erhöhung der Akzeptanz skizziert, die zumindest einige der zu erwartenden nicht intendierten Effekte und Fehlanreizwirkungen vermeiden und damit zur Qualität der Lehre beitragen könnten.

Bestellung - Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Wolfgang Lieb



Wolfgang Lieb

Hochschulzulassung: Vom Versagen der Politik und der Scheu vor Verantwortung

Das Problem ist seit Jahren bekannt: Um ihre Zulassungschancen zu erhöhen, bewerben sich Studierwillige an einer Vielzahl von Hochschulen um einen Studienplatz. Im viel zitierten „Wettbewerb um die besten Köpfe“ nehmen die einzelnen Hochschulen nach ihren von Ort zu Ort unterschiedlichen Kriterien eine „Bestenauslese“ vor und bieten den Auserwählten (élités) einen Studienplatz an. Bekommen die Studienbewerber mehrere Angebote, entscheiden sie sich für einen Studienplatz ihrer Wahl und teilen den anderen Hochschulen nur in seltenen Fällen (rechtzeitig) mit, dass sie deren Angebot ausschlagen. Die dort abgelehnten Studienplatzangebote können dann allenfalls noch in einem Nachrückverfahren besetzt werden oder – noch schlimmer – sie bleiben unbesetzt. In welchem Umfang durch dieses unkoordinierte Vorgehen Studienplatzkapazitäten ungenutzt bleiben und wie viele Studierwillige daran gehindert werden, zeitnah ein Studium aufzunehmen, darüber gibt es keine gesicherten Zahlen. Nach einer Umfrage des Handelsblatts vom März dieses Jahres¹ blieben z.B. an der Universität in Frankfurt am Main 807 Plätze in zulassungsbeschränkten Fächern unbesetzt - das waren rund 19% ihrer Kapazität. An der TU Dresden waren die Erstsemesterplätze lediglich zu 82% ausgelastet. An der Elite-Uni FU Berlin oder an der Universität Duisburg-Essen blieben im Winter fünf Prozent der Studienplätze für Erstsemester unbesetzt, weil zu viele Bewerber letztlich anderswo hingingen.

Angesichts der Tatsache, dass ca. 60% (an manchen Hochschulen bis zu 100%) der neuen Bachelor-Studiengänge zulassungsbeschränkt sind, ist das nicht bloß eine nicht hinnehmbare Vergeudung von Ressourcen, sondern für viele Studierwillige, die warten müssen, eine Enttäuschung und Entmutigung. Schon Anfang des Jahres 2004 reklamierte der Wissenschaftsrat akuten Handlungsbedarf:

„Das vom Wissenschaftsrat empfohlene Verfahren, die Vergabe von Studienplätzen den Hochschulen zu übertragen, erfordert weiterhin ein auf das Notwendige beschränktes Maß an zentraler Koordinierung. Der Wissenschaftsrat spricht sich deshalb dafür aus, die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) und ihre Tätigkeit nach dem Vorbild des englischen Universities and Colleges Admissions Service (UCAS) umzugestalten und ihr künftig insbesondere folgende Aufgaben als Dienstleistung für Hochschulen und Bewerber zu übertragen:

- Logistische Unterstützung von Auswahlverfahren der Hochschulen:
Es wird Bedarf an einem Überblick über Studienplätze bestehen, die nach der ersten Auswahlrunde durch die Hochschulen frei geblieben oder durch Rückzug der Bewerber kurze Zeit später wieder frei geworden sind und somit neu vergeben werden können (...),
Um Mehrfachbewerbungen besser zu koordinieren, könnte die Zentralstelle darüber hinaus künftig auch weiterhin als zentrale Anlaufstelle für Bewerbungen fungieren, diese vorprüfen und an die Hochschulen weiterleiten. In diesem Zusammenhang könnte auch die Anzahl der Mehrfachbewerbungen dadurch wirksam beschränkt werden, dass Länder oder Hochschulen eine Obergrenze mit Bezug auf die Anzahl der Studienfächer und der Hochschulen festlegen, für die Studierwillige sich bewerben können (...),
- im Rahmen der Hochschulauswahl Vorauswahl der Bewerber auf der Grundlage rein quantitativ erfassbarer Kriterien, deren Auswahl und Gewichtung von der jeweiligen Hochschule vorgegeben werden,
- Unterstützung und Beratung bei der Ausarbeitung studienfeldspezifischer Anforderungs- und Fähigkeitsprofile sowie bei der Einführung und Anwendung von eignungsdiagnostischen Verfahren.“²

Unterdessen veröffentlichte die KMK Statistiken über zu erwartende Studienanfängerzahlen, die sie in regelmäßigen Abständen sogar noch nach oben korrigieren musste. Die Notwendigkeit einer besseren Auslastung der Studienplatzkapazitäten war also schon lange bekannt, spätestens mit der Verkürzung der gymnasialen Schulzeit von 9 auf 8 Schuljahre war das Thema in aller Munde. Doch was haben diejenigen, die in den Ländern und an den Hochschulen Verantwortung für die Zukunft junger Menschen tragen, getan? Es geschah zunächst gar nichts und dann wurde das Falsche gemacht:

Anstatt sich der operativen Aufgaben einer koordinierten Hochschulzulassung anzunehmen, beriet eine Gruppe von Staatssekretären über beinahe zwei Jahre vor allem darüber,

¹ <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/tausende-studienplaetze-frei;2182730>

² Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Reform des Hochschulzugangs vom 30. Januar 2004, S. 51 ff.

in welcher Rechtsform die „neue ZVS“ die gewünschten Leistungen erbringen solle und mit welchen Gremien die erforderliche Steuerung geleistet werden könne. Nach zähen Beratungen kam der derzeit in der Ratifizierungsphase befindliche Staatsvertrag³ heraus, dessen Artikel 4 folgende Regelung beinhaltet:

„Artikel 4 Dienstleistungsaufgabe

- (1) Nach Maßgabe des jeweiligen Landesrechts unterstützt die Stiftung die Hochschulen bei der Durchführung der Zulassungsverfahren insbesondere durch die Einrichtung eines Bewerbungsportals mit Information und Beratung der Studienbewerberinnen und –bewerber, Aufbereitung der Bewerberdaten, Abgleich der Mehrfachzulassungen sowie Vermittlung von nicht besetzten Studienplätzen.
- (2) Die Stiftung wird ermächtigt,
 1. die Anzahl der Studienwünsche je Bewerberin oder Bewerber zu beschränken, wobei die Zahl von 12 Studienwünschen nicht unterschritten werden darf,
 2. die Bewerberinnen und Bewerber zu verpflichten, ihre Studienwünsche in eine verbindliche Reihenfolge zu bringen.“

Die ZVS sah es seit langem als ihre Pflicht an, ihre vorhandene Software für die Zulassungsverfahren den neuen tatsächlichen und gesetzlichen Herausforderungen anzupassen und weiter zu entwickeln. Das Ziel war, dass sich die Bewerber statt parallel an eine Vielzahl von Hochschulen, nur an eine Stelle wenden können sollten, nämlich an die Servicestelle für Hochschulzulassung als Nachfolgeeinrichtung der ZVS. An diese Servicestelle sollten die Unterlagen zur formalen Prüfung geschickt werden, und von dort sollte auf eventuelle Mängel und Unvollständigkeiten der Bewerbung hingewiesen werden. Vor allem sollten die Studienbewerber von dort auch sämtliche für ihre Bewerbungsentscheidungen relevanten Informationen zurückvermittelt bekommen.

Obgleich die Hochschulrektorenkonferenz durch ihre Generalsekretärin bei allen Beratungen über dieses koordinierte, aber dezentrale Verfahren hochrangig vertreten war, hat die HRK diese Lösung ab dem Sommer 2008 ganz offen als – wie es hieß – „Zulassungszentralismus“ bekämpft und einen völlig neuen Lösungsansatz gefordert. Mangels einer gängigen Alternative griff man zunächst auf den für die Vorbereitung der Zulassung ausländischer Bewerber gegründeten „uni-assist e.V.“ zurück, und das mit dem Ziel, die Einflussmöglichkeiten der HRK bei der Hochschulzulassung auszuweiten: Seit 2002 kümmert sich „uni-assist e.V.“ um die Zulassung von ausländischen Studienbewerbern an die diesem Verein beigetretenen Mitgliedshochschulen; „uni-assist e.V.“ finanziert sich durch Entgelte der ausländischen Bewerber. Man muss wissen, dass zwischen „uni-assist e.V.“ und der Hochschulrektorenkonferenz eine enge personelle Verflechtung besteht. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der ausländischen Bewerber kommt aus Ländern der Europäischen Union. Diese Bewerber sind zulassungsrechtlich Studienbewerbern mit deutschem Pass gleichgestellt.

Der entscheidende Grund für die Blockade der HRK gegenüber dem Lösungsangebot der ZVS besteht in einem Zielkonflikt beider Einrichtungen: In dem Maße, wie die

ZVS (bzw. die neue Serviceeinrichtung) den Hochschulen für örtliche Zulassungsbeschränkungen Serviceleistungen anbietet, schmälert sie die Existenzgrundlage von „uni-assist e.V.“. Um ihr Ziehkind zu retten, hat die HRK mehr als ein Jahr lang versucht, alle Welt glauben zu machen, „uni-assist e.V.“ verfüge über eine bessere und vor allem auch schneller einsetzbare DV-Lösung als das Serviceangebot der ZVS. Dass in Dortmund bereits ein vielleicht verbesserungsbedürftiges, aber immerhin funktionierendes Verfahren vorhanden war und ist, wurde geflissentlich ignoriert. Mit dem Festhalten an „uni-assist e.V.“ beim neuen Serviceangebot für die Studienplatzvergabe verfolgte die HRK vor allem das Ziel, dass – wenn man die ZVS schon nicht ganz beseitigen konnte – man wenigstens der Verwirklichung des seit langem gehegten Traums der Herrschaft über die ZVS näher kommen wollte. Die Blockade des Lösungsansatzes der ZVS und der gleichzeitige Griff nach dem Strohalm „uni-assist e.V.“ wurde von der HRK öffentlich unter der Überschrift eines „dialogorientierten Serviceverfahrens mit gemeinsamer Datenbank“ verkauft. Hinter diesen Schlagworten stand allerdings außer gut klingender Rhetorik kaum inhaltliche Substanz und schon gar kein stringenter Verfahrensvorschlag.

Schon ziemlich bald war nicht mehr zu übersehen, dass „uni-assist e.V.“ nicht in der Lage sein würde, die vollmundigen Versprechen einzuhalten. Dagegen erwies sich mehr und mehr, dass die Fachleute der ZVS das erwünschte Verfahren, wenn auch nur schrittweise, zu bewältigen in der Lage waren. Weil aber nicht sein kann, was nicht sein darf, stellte die HRK immer neue Anforderungen an das Verfahren, welche in der knappen vorgegebenen Zeit bis zum Einsatz des Serviceverfahrens zum WS 2009/10 beim besten Willen nicht mehr zu erfüllen waren. Obwohl das auch alle externen Experten so sahen, machte die HRK einmal mehr die ZVS zum Sündenbock und behauptete, die Software für das neue Serviceangebot der Zentralstelle sei veraltet und unzureichend. Die KMK wollte einem Streit mit der HRK aus dem Wege gehen und hat sich deren Lesart angeschlossen. In den Medien waren danach verkürzende Schlagzeilen zu lesen, die Ursache für die Verzögerung eines geordneten Zulassungsverfahrens läge in einem Streit zwischen HRK und ZVS.

Die tatsächlichen Verantwortlichkeiten für das fortdauernde Hochschulzulassungschaos blieben damit verborgen. Die Hochschulrektoren, die sich zunehmend wie „Vorstandsvorsitzende“ (so ganz offiziell ihr Titel in Baden-Württemberg) ihrer im Wettbewerb stehenden „unternehmerischen Hochschulen“ aufspielen, haben wie mittelalterliche Raubritter immer neue und immer realitätsfernere Anforderungen gestellt, um ihr „Auswahlrecht“ gegen jede zentrale Koordinierung zu verteidigen oder sogar auszudehnen. Und ihre Lobbyorganisation, die Hochschulrektorenkonferenz, hat sich gegen die verantwortlichen Politiker aus Bund und Ländern durchgesetzt. Tausende studierwilliger junger Menschen, die keinen Studienplatz bekommen haben und auch noch in nächster Zeit unter dem Zulassungschaos leiden werden, hatten und haben das Nachsehen.

Die Hochschulpolitik hat sich – dem Paradigma der „entfesselten Hochschulen“ entsprechend – von ihrer Verantwort-

³ http://hh.juris.de/hh/HSchulZulEinrErStVtrG_HA_rahmen.htm

tung verabschiedet, dass die Hochschulzulassung eine staatliche Aufgabe ist. Mit dem Pathos von der „Autonomie“ wurde es den Hochschulen im Staatsvertrag freigestellt, ob sie sich an einem Serviceverfahren für eine koordinierte Hochschulzulassung beteiligen möchten. Autonomie als grundrechtliche Verbürgung der Freiheit von Forschung und Lehre – und nur dort hat der Autonomiebegriff seine Berechtigung – wurde als Prinzip der Freiwilligkeit bei der Beteiligung an einem Verfahren zur Vergabe von Studienplätzen und der optimalen Ausnutzung der steuerfinanzierten Studienplatzkapazitäten umgedeutet. Die Koordinierung von Bewerbungsverfahren, die Information und Beratung der Studieninteressenten und der Abgleich von Mehrfachzulassungen, das alles sind Aufgaben im gesamtstaatlichen Interesse. Worin sollte auch der Anreiz für Hochschulleitungen liegen, sich einen derartigen Service einzukaufen und damit das eigene Budget zu schmälern?

Das staatsvertraglich zugesicherte Prinzip der Freiwilligkeit und die bildungspolitischen Sachzwänge stoßen sich nunmehr hart im Raum. Die Sachzwänge sind: steigende Abiturientenzahlen und dazu noch doppelte Abiturjahrgänge. Zum Wintersemester 2011/12 steht in Bayern infolge der Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre (G 8) zum ersten Mal die doppelte Zahl an Abiturientinnen und Abiturienten vor den Türen der Hochschulen. Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen werden im Abstand jeweils eines Jahres folgen.

Gerade so, als ob das nicht vorhersehbar gewesen wäre, kam nun plötzlich Hektik auf. Wie in der Politik üblich geworden, wenn die Karre im Dreck steckt, sollte sie nun ein Experte wieder herausziehen. Die HRK schlug den Leiter des Fraunhofer-Instituts für Rechnerarchitektur und Softwaretechnik (FIRST), Prof. Jähnichen, als Retter in der Not vor und die Länder akzeptierten dankend. Ein von Prof. Jähnichen entwickeltes Software-Konzept soll nun – wohlgehemmt - als Grundlage für die „Beschaffung“ einer grundlegend „neuen und modernen“ Software für die Koordinierung der Hochschulzulassung dienen. Da Experten ja alles besser können als Fachleute aus staatlichen Einrichtungen, die sich seit Jahren mit den konkreten Problemen beschäftigt haben, verlautete aus Gesprächen mit der Bundesbildungsministerin, dass nunmehr das „beste Zulassungssystem der Welt“ entstehen könne.

Die Euphorie wird jedoch schon getrübt, bevor das System entwickelt ist. Ursprünglich sollte diese bahnbrechende neue Software im Hinblick auf die bayerischen Interessen bereits zum Wintersemester 2011/12 zum Einsatz kommen. Inzwischen ist noch nicht einmal sicher, ob die Entwicklung rechtzeitig zum darauf folgenden Wintersemester abgeschlossen sein wird. Da mag der bayerische Wissenschaftsminister Heubisch noch so oft granteln, dass er mit seiner Geduld am Ende sei. Doch selbst wenn die Auslieferung und Implementierung dieses „besten Zulassungssystems der Welt“ rechtzeitig gelingen sollte, wird niemand, der auch nur einen Hauch von Erfahrung mit DV-Projekten dieser Größenordnung hat, ernsthaft vorhersagen wollen, dass ein solches System mit hunderten von Schnittstellen zu den Hochschulen auf Anhieb funktionieren wird. Bei Toll Collect fielen nur über mehrere Monate die erhofften Mautgebühren aus, aber die LKW rollten ziemlich ungehindert weiter. Wer erklärt aber den tausenden Abiturienten,

dass wegen technischer Probleme Studienplätze frei bleiben und sie deshalb ihr Studium erst im kommenden Semester oder nach einer noch längeren Wartezeit aufnehmen können? Hat man dazu ihre Schulzeit um ein Jahr verkürzt, damit sie beim Übergang von der Schule in die Hochschule aufgrund der Allmachtsansprüche von Hochschulrektoren und des Versagens der Bildungspolitik ein oder bei Studienjahren sogar zwei Semester abwarten müssen, bis sie wegen einer nicht oder noch nicht funktionierenden Software zu einem Studium zugelassen werden?

Der sachsen-anhaltinische Kultusminister Olbertz kündigt bereits vorsorglich an, dass man im Falle des Scheiterns über Konsequenzen in der „Organisationsstruktur“ der ZVS nachdenken müsse. Bei Schuldzuweisungen scheinen die Bildungspolitiker jedenfalls weiter vorausdenken, als bei der Lösung ihrer ureigenen Hausaufgaben. Auch die HRK baut schon eine Rückfalllinie auf und verweist voller Stolz auf die sog. „Hamburger Initiative“: Unter der Federführung der Hamburger Uni-Präsidentin sieht diese (freiwillige) Initiative in der Vereinheitlichung der Bewerbungsfristen und in einer Börse für freie Plätze die Lösung aller Probleme. Die baden-württembergischen Erfahrungen mit einer Börse für unbesetzt gebliebene Studienplätze sprechen da eine andere Sprache: Im WS 2008/09 konnten gerade einmal noch 200 Studienplätze im Losverfahren der Hochschulen vergeben werden. Mehrfachzulassungen konnten weder in Baden-Württemberg vermieden werden, noch kann dieses Ziel mit der Hamburger Initiative erreicht werden.

Dennoch feiert die HRK die Hamburger Initiative als großen Erfolg. Tatsächlich steckt dahinter jedoch eher eine teilweise Absage an den von ihr selbst in Gang gesetzten Prozess zum „besten Zulassungssystem der Welt“. Schon jetzt hat die Uni Mainz in einer Presseverlautbarung dagegen Bedenken wegen der langen Entwicklungsdauer, der fehlenden Transparenz und der hohen Kosten angemeldet. Entscheidend müsste aber die Frage sein, welchen Nutzen ein Studieninteressierter, ein Studierwilliger oder ein Bewerber aus dem von Prof. Jähnichen nach Maßgaben von Vertretern der HRK und der KMK entwickelten Vorschlag ziehen kann. Nach derzeitigem Beratungsstand ist davon auszugehen, dass die geplante Lösung vor allem die Eigeninteressen der Hochschulen berücksichtigt:

- Weil Hochschulen bereits über ihren Internetauftritt ihr Profil schärften, sollte sich ein Bewerber dadurch angenommen fühlen, dass er sich „direkt bei der Hochschule auf deren Antragsformular“ online bewerben könne, nicht aber bei einer zentralistischen, gesichtslosen Einrichtung. Die Hochschulen nähmen ihre Bewerber ernst, indem sie sich selbst ihrer Kundschaft virtuell zuwendeten und keine Serviceeinrichtung damit beauftragten. Folge für die Bewerber ist aber: Es gibt kein Informationsportal, aus dem sie mittels Filterfunktionen die interessierenden Studienangebote ermitteln und in ein einziges Bewerbungsformular einstellen können. Sie müssen sich an jeder Hochschule einzeln bewerben, indem sie aus deren Internetseiten das jeweilige Bewerbungsformular heraussuchen, ausfüllen und abschieken. Zugleich müssen an jede Hochschule auch die benötigten Unterlagen in Papierform gesandt werden. Unter Kundenfreundlichkeit und unter Kundenorientierung versteht man üblicherweise etwas anderes als doppelte Vielfachbewerbungen.

- Weil Hochschulen nicht nur ihre Studierenden selbst auswählen wollen, sondern weil sie auch glauben, die Prüfung der Unterlagen (Verifizierung der vom Bewerber online eingegebenen Daten) gehöre zu einer ernsthaften „Bestenauslese“, machen pro Bewerber bis zu 12 Hochschulen dieselbe Arbeit und das mit möglicherweise völlig unterschiedlichen Ergebnissen (Beispiel sofortige Zulassung wegen Vorliegens einer unzumutbaren Härte: eine Hochschule bejaht die Voraussetzung wegen schwerer Krankheit mit Tendenz zur Verschlimmerung, eine andere sieht in einer Nichtzulassung trotz des Vorliegens der Krankheit keine Härte). Das hat mit Verfahrenstransparenz und Rechtssicherheit nichts zu tun, von Bürokratieabbau oder von Synergien sollte man besser gar nicht erst reden. Das Nachsehen haben einmal mehr die Bewerber, aber auch die Länder und Hochschulen verzichten ohne Not auf eine über Jahrzehnte gewachsene Kompetenz. Bei der Antragsprüfung an einer einzigen Stelle können alle Problemfälle gebündelt und einer im Gesamtsystem schlüssigen Lösung zugeführt werden. Die Gesamtheit von Ländern und Hochschulen kann frühzeitig auf häufig anfallende Probleme hingewiesen werden, und ein gemeinsamer Lösungsvorschlag erarbeitet werden. Das wäre im Sinne eines wohlverstandenen Services auch für die Länder und Hochschulen eine wirkliche Fortentwicklung des Zulassungsrechts.
- Weil die Hochschulen grundsätzlich die Antragsprüfung weiterhin selbst durchführen wollen, gibt es für die Bewerber nicht die Möglichkeit, von einer Stelle nach gleichen Maßstäben auf mögliche Mängel des Zulassungsantrags hingewiesen zu werden. Ein solcher Service wird in das Belieben jeder einzelnen Hochschule gestellt. Aber gerade angesichts der Komplexität und Vielgestaltigkeit der Zulassungsverfahren wäre es ein Gebot der Fairness, den Bewerbern auf dem Weg durch den Zulassungsdschungel deutscher Hochschulen hilfreich zur Seite zu stehen.
- Das vorgesehene Verfahren reduziert die Stiftung für Hochschulzulassung auf den technischen Abgleich von Mehrfachzulassungen. Das ist aus Sicht der Hochschulen verständlich, denn wenn sie die Kosten der Inanspruchnahme dieses Service tragen müssen, werden sie ihre Kosten so gering wie möglich halten wollen. Die billigste Lösung ist aber selten die beste. Die Beratung der Bewerber in Fragen der Zulassung (nicht die allgemeine oder fachspezifische Studienberatung) schafft aber neben dem abstrakt generellen Informationsportal erst die konkret individuelle Sicherheit. Die Abiturienten möchten nämlich ihr Wunschfach studieren, aber nicht vorab ein Grundstudium „Zulassungsrecht“ absolvieren müssen. Frühzeitige und kompetente Beratung kann verhindern, dass unrealistische Erwartungen gehegt werden und Lebenszeit junger Menschen bis zur Aufnahme eines Studiums sinnlos verstreichen muss.

Zum Abschluss sollen auch hier noch einmal Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Reform der ZVS zitiert werden:

- „Um Mehrfachbewerbungen besser zu koordinieren, könnte die Zentralstelle darüber hinaus künftig auch wei-

terhin als zentrale Anlaufstelle für Bewerbungen fungieren, diese vorprüfen und an die Hochschulen weiterleiten. In diesem Zusammenhang könnte auch die Anzahl der Mehrfachbewerbungen dadurch wirksam beschränkt werden, dass Länder oder Hochschulen eine Obergrenze mit Bezug auf die Anzahl der Studienfächer und der Hochschulen festlegen, für die Studierwillige sich bewerben können.

- Informationsdienstleistung für Bewerber: Die zunehmende Profilierung und Differenzierung der Studiengänge sowie eine wachsende Differenzierung der Auswahlverfahren werden den Beratungsbedarf Studierwilliger erheblich erhöhen. Ein koordinierter Überblick über die verschiedenen Regelungen an den einzelnen Hochschulen, der einen Vergleich zwischen verschiedenen Hochschulen erlaubt, wird erforderlich sein. Die Zentralstelle sollte deshalb Studierwilligen die erforderlichen Informationen zu allen in Deutschland studierbaren Studiengängen sowie zu deren Anforderungen und Zulassungsbestimmungen zur Verfügung stellen, gegebenenfalls in Form eines Informationsportals mit Verknüpfungen zu den Informationsangeboten der einzelnen Hochschulen und zu anderen derartigen zentralen Serviceangeboten. (...)
- Unterstützung und Beratung bei der Ausarbeitung studienfeldspezifischer Anforderungs- und Fähigkeitsprofile sowie bei der Einführung und Anwendung von eignungsdiagnostischen Verfahren.“⁴

Zusammenfassend drängt sich der Eindruck auf, dass es sich bei der jetzt angestrebten, mit so hohen Erwartungen befrachteten Lösung letztlich eher um Tagträume technikverliebter Hochschulfunktionäre handelt, als dass es um die pragmatische Problembewältigung geht. Eine einsatzfähige Software ist von der ZVS längst entwickelt worden und müsste nur noch um die Funktionen bezüglich des sog. Kombinations- oder Mehrfach-Bachelors erweitert werden. Diese Erweiterung wäre möglich, ohne dass hierfür öffentliche Gelder im zweistelligen Millionenbereich verschwendet werden müssten. Realistische und zeitnahe Lösungen werden durch ideologisch aufgeladene Kleinstaaterei (Wettbewerbsföderalismus) und dem vielfach anzutreffenden Kirchturmdenken der Hochschulrektoren (Autonomie) verhindert. Die Hochschulleitungen und ihre zur Lobbygruppe gewordene HRK verfolgen ausschließlich ihre eigenen, oftmals kleinkarierten Ziele. Es genügt ihnen z.B., dass durch ein Abgleichverfahren sichergestellt ist, dass alle Erstsemesterplätze ihrer eigenen Hochschule besetzt werden. Das betrifft bundesweit vielleicht 10% der Plätze im ersten Fachsemester. Die 50% der unversorgten Studienbewerber (Tendenz steigend!) interessieren die Hochschulleitungen entgegen aller Lippenbekenntnisse überhaupt nicht. Wer von vornherein alle Anstrengungen allein auf Bestenauslese und Exzellenz reduziert, hat ein mindestens genauso wichtiges Problem, nämlich die Sicherstellung einer akademischen Ausbildung auch in der Breite nicht erfasst.

⁴ Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Reform des Hochschulzugangs vom 30. Januar 2004, S. 51 ff.

Die Länder haben sich ihrer Verantwortung für das Zulassungsrecht und damit für die Gewährleistung des Grundrechts auf Berufs(wahl)freiheit durch ein im Staatsvertrag verankertes Prinzip der Freiwilligkeit der Hochschulen an der Teilnahme an einem geordneten Zulassungsverfahren weitgehend entzogen; sie haben vor der Drohung der HRK, andernfalls das Verfahren insgesamt zu boykottieren, kapituliert. Wenn man die Empfehlungen des Wissenschaftsrates als Maßstab nimmt, erscheint das „beste Verfahren der Welt“ allenfalls als ein hastig geschnürtes Hilfspaket angesichts einer lange verleugneten riesigen Herausforderung. Das jetzt mit Mitteln des Bundesbildungsministeriums zu entwickelnde Verfahren bedient alle Erwartungen eines auf Wettbewerb und Exzellenz getrimmten Hochschulmarketings, an den Bedürfnissen der Bewerber geht es weitgehend vorbei. Die Interessen des akademischen Nachwuch-

ses wurden auf dem Altar einer falsch interpretierten Hochschulfreiheit geopfert – einer Freiheit autokratischer Hochschulleitungen zu Lasten der Studier- und Berufswahlfreiheit. Die Politik der HRK restauriert den Zustand, den das Bundesverfassungsgericht im Jahre 1972 durch das (erste) Numerus-clausus-Urteil unter anderem deshalb als verfassungswidrig erklärt hatte, weil er gegen das Gebot der Transparenz im Zulassungswesen und gegen die Chancengleichheit der Bewerber verstieß.

■ **Dr. Wolfgang Lieb**, Wissenschaftsstaatssekretär a.D., freier Publizist und Mitherausgeber der Netzzeitung www.nachdenkseiten.de, E-Mail: wl@nachdenkseiten.de

Otto Kruse, Eva-Maria Jakobs, Gabriele Ruhmann (Hg.): Schlüsselkompetenz Schreiben

Konzepte, Methoden, Projekte für Schreibberatung und Schreibdidaktik an der Hochschule

Schreiben ist eine Schlüsselkompetenz für Studium, Wissenschaft und alle akademischen Berufe.

Der Band informiert darüber, was unter Schreibkompetenz zu verstehen ist und wie sich die Kunst des akademischen Schreibens systematisch vermitteln lässt.

Er gibt einen Überblick über den Stand der Schreibdidaktik an deutschen und europäischen Hochschulen sowie über viele konkrete Arbeitsformen, Methoden und Projekte.

ISBN 3-937026-07-X,
Bielefeld 2003, 2. Auflage, 333 Seiten, 24.50 Euro



Bestellung - Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

„Antistaatliche Affekte...“ Interview mit Prof. Dr. Volker Ronge



Volker Ronge

Die Tendenz zur Ökonomisierung der Hochschulen hält an, und auch die Beratungseinrichtungen im Umfeld von Studium und Lehre sind von diesem Prozess betroffen. Zunehmend wird die Arbeit der Studienberatungsstellen in Hochschulmarketingstrategien eingebunden oder die Einrichtungen werden gar zu Büros für Studierendenrekrutierung umgewidmet. Die Zulassungsverfahren zum Studium nähern sich dem Wunsch der Hochschulen sich den Verfahren zur Personalauswahl an. Im Rahmen der zum Thema „Studienqualität“ im März 2009 in Hannover veranstalteten Tagung zum 40-jährigen Jubiläum der HIS-GmbH hielt der Sozialwissenschaftler Volker Ronge einen viel beachteten kritischen Vortrag zum Thema „Studierende als Kunden?“. Volker Ronge war von 1982 bis zu seiner Emeritierung 2008 Professor für Allgemeine Soziologie an der Bergischen Universität Wuppertal sowie von 1999 bis 2008 Rektor seiner Universität und zudem langjährig Vorsitzender der nordrhein-westfälischen Rektorenkonferenz. Das Gespräch führte Klaus Scholle.

ZBS: Herr Professor Ronge, Sie selbst haben in den sechziger Jahren an einer Hochschule studiert, die jüngst als unternehmerischste Hochschule Deutschlands ausgezeichnet worden ist, nämlich an der Freien Universität Berlin. Eine Entwicklung, über die Sie sich freuen können? Sind Hochschulen inzwischen tatsächlich Unternehmen, oder handelt es sich nur um eine dem Zeitgeist geschuldete vorübergehende Maskerade - vielleicht vergleichbar mit der Politisierung der Hochschulen in den siebziger Jahren?

VR: Ich glaube nicht, dass es Maskerade ist. Im großen Zug der Zeit, den man Liberalismus oder Ökonomisierung nennen kann, haben sich tatsächlich alle möglichen öffentlich-rechtlichen oder staatlichen Institutionen in Richtung Unternehmen verändert. Das ist in Deutschland besonders auffällig, weil wir im europäischen Vergleich einen sehr großen Bereich von staatlicher oder quasi-staatlicher „Daseinsvorsorge“ besaßen. Dieser ganze Bereich – denken wir zum Beispiel an Post, Bahn oder Telekom, aber auch an die

öffentlich-rechtliche Bankensparte, die Rundfunkanstalten, die kommunalen Versorger und eben die Hochschulen – wird liberalisiert und verändert sich dadurch, wird unternehmensförmig. Der wichtigste Punkt dabei ist zunächst die Verselbständigung zu einer Einheit, die autonom über die Beziehungen zu ihrer Umwelt entscheiden kann. Was die Hochschulen betrifft, ist diese Entwicklung in Nordrhein-Westfalen mit seinem „Hochschulschulfreiheitsgesetz“ am weitesten fortgeschritten: Die Universitäten sind aus dem Staatzusammenhang herausgenommen und verselbständigt worden, und in Bezug auf die Außenwelt sind marktförmige oder quasi-marktförmige Beziehungen hergestellt worden. Auch die innere Steuerung der Hochschulen wird deshalb unternehmensförmig. Nach meiner Auffassung ist das keine vorübergehende Modeerscheinung, sondern eine strukturelle und eben keine konjunkturelle Entwicklung. In der Ökonomie gibt es eine alte Diskussion über sogenannte administrativ gestaltete Preise. Im Hochschulwesen haben wir deutliche Anzeichen für einen administrativ gestalteten Wettbewerb, der nichts mit Studenten zu tun hat, sondern damit, wie die Universitäten an ihr Geld kommen. In Nordrhein-Westfalen gibt es dafür indiktorisierte Wettbewerbsprozeduren, eine staatlich gestaltete Quasi-Marktllichkeit, die zur Folge hat, dass die Budgets der Universitäten dadurch erheblich variiert werden können, sozusagen volatil werden.

ZBS: Peer Pasternack vom Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg hat vorgeschlagen, zwischen primären, sekundären und peripheren Leistungsbereichen der Hochschulen zu unterscheiden. Lehre sowie Forschung und Entwicklung als Kernleistungsbereiche können und müssen – abgesehen von Quasi-Ökonomisierungen durch quantifizierende Indikatoren – frei von entsprechenden Einflüssen bleiben. Anders könnte es dagegen in sekundären Leistungsbereichen wie z.B. in der Beratung der Studierenden oder in peripheren Leistungsbereichen wie der technischen Unterstützung durch Rechenzentren aussehen ...

VR: Ich halte das für einen zu simplen Umgang mit Ökonomisierung. Der Begriff ist hochkomplex und impliziert innerorganisatorische Steuerung per Direktionsprinzip ebenso wie marktförmig organisierte Außenverhältnisse. Wenn wir den Begriff der „Ökonomisierung“ durch den schärfer definierten Begriff der „Wettbewerbsfähigkeit“ ersetzen, können wir feststellen, dass Wettbewerbsfähigkeit schon immer in der Mitte der Forschung stand. Wettbewerbsfähigkeit ist eine der Dimensionen des ökonomischen Prinzips! Im Bereich des Studiums ist Wettbewerbsfähigkeit dagegen Nonsense, hier könnte nur die von ihr abgeleitete Orientierung an Leistung eine Rolle spielen. Leistung kann völlig von Ökonomie abgelöst werden – denken wir in diesem Zusammenhang an den Sport, aber eben auch an die Forschung. Was mir wichtig ist: Man darf Ökonomisierung, wie sie heute erfolgt, nicht als fall- oder bereichsweise einsetzbares Instrument verstehen. Stattdessen muss sie als übergreifendes Ordnungsprinzip begriffen werden, das sich nicht nach Belieben aktivieren oder deaktivieren lässt.

ZBS: Widerstand gegen die Ökonomisierung der Hochschulen kommt aus Diskussionszusammenhängen, die nach wie vor neuhumanistischem Denken nahestehen und die Verwandlung von Bildung zur Ware oder – im Sinne Adornos – zur Halbbildung beklagen. Aber auch in systemtheoretischer Perspektive – der Sie ja nicht völlig fernstehen – kann der Prozess skeptisch betrachtet werden: Hochschulen sind schließlich Organisationen der gesellschaftlichen Funktionssysteme der Wissenschaft und der Erziehung und eben nicht der Wirtschaft. Oder hat sich die soziologische Systemtheorie geirrt?

VR: Auch die Systemtheorie der Gesellschaft von Niklas Luhmann hat einen Empiriebezug: Wenn sich die Gesellschaft verändert, muss sich auch die Theorie ändern. Luhmann ging als Resultat seiner Beobachtungen (!) davon aus, dass es ein intern „lose gekoppeltes“, relativ autonomes gesellschaftliches Subsystem „Wissenschaft“ und auf Organisationsebene entsprechend gestaltete Universitäten gibt. Nun kann sich aber die Gesellschaft auch in eine Richtung wandeln, wo es diese losen Koppelungen und sogar dieses Subsystem nicht mehr gibt. Wir sind auf dem besten Wege dazu, das Wissenschaftssystem durch das Wirtschaftssystem schlucken zu lassen, wobei in diesem Zusammenhang die höhere Bildung vollständig von Wissenschaft entkoppelt werden kann. Wissenschaft wird dann zu einer Sparte des Wirtschaftslebens, zu innovationsbezogener Wirtschaft. Ähnliches ist übrigens in der Vergangenheit mit dem Design passiert, das sich aus dem Funktionssystem der Kunst herausgelöst und praktisch in das Wirtschaftssystem eingegliedert hat.

ZBS: Und was geschieht mit der Grundlagenforschung?

VR: Selbst Grundlagenforschung lässt sich mit hohen Freiheitsgraden mit Ökonomie vereinbaren, denken wir an Pharmaforschung und Gentechnik, aber auch an Atmosphären- und Klimaforschung. In geistes- und sozialwissenschaftlichen Zusammenhängen ist es sicher etwas anders. Dort lässt sich die Grundlagenforschung meist überhaupt nicht auf Anwendungs- oder Praxisbezüge ausrichten. Aber

ich bleibe bei der These, dass sich die Gesellschaft tiefgreifend ändert und das Wirtschaftssystem das Wissenschaftssystem tendenziell inkorporiert.

ZBS: Aber die Hochschulen stehen weiterhin vor der Aufgabe, Studierende auszubilden...

VR: Vor einigen Jahren erklärte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident: „Humboldt ist tot!“ In gewisser Weise hatte er Recht, denn Humboldt hat sich offenbar als evolutionäre Sackgasse erwiesen: faktisch, empirisch; hauptsächlich aufgrund der großen Zahlen von Studenten. Die Entkopplung von Bildung und Wissenschaft/Forschung begann in Deutschland bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit der Gründung der reinen Forschungsinstitute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, der heutigen Max-Planck-Institute, und sie wurde in den fünfziger und sechziger Jahren mit der Förderung der außeruniversitären Großforschung fortgesetzt. Der aktuelle Exzellenzwettbewerb treibt diese Entwicklung weiter, denn er ist ein Forschungsförderungsprogramm, das zwar in Randbereichen noch für die Bildung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses relevant sein mag, aber ansonsten auf Forschungsuniversitäten abzielt – nicht auf „exzellente“ Universitäten, das ist nur Kitsch. Universitäten, die den Exzellenzstatus verfehlen, und das wird die übergroße Mehrheit sein, werden sich zu Lehrhochschulen entwickeln, das heißt von der Wissenschaft entfernen, und sich den Fachhochschulen annähern. Der Prozess der Entkopplung von Bildung und Wissenschaft ist den Universitäten aber nicht nur von außen aufgezwungen, sondern entspricht leider auch den Interessen vieler Akteure in den Hochschulen. Es war eine meiner missglückten Strategien als Rektor, meine Kollegen davon zu überzeugen, reine Forschungsinstitute, deren Angehörige nicht mehr zu ihren Forschungsthemen lehren, zu vermeiden. Viele Professoren sehen das leider anders, mit der Konsequenz, dass der Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Bildung, auch von innen angetrieben, zunehmend verlorengeht.

ZBS: Wenn Wissenschaft und Bildung voneinander entkoppelt werden und das Wissenschaftssystem in das Wirtschaftssystem inkorporiert wird, bleiben Bildung bzw. Ausbildung übrig. In welche Richtung geht die Reise der Bildungsinstitutionen?

VR: Ökonomisieren kann man Bildungseinrichtungen ebenso wie Forschungseinrichtungen, die Frage wäre nur, ob die Neigung dazu in einem der beiden Sektoren größer wäre als im anderen. Ich bin davon überzeugt, dass man höhere Bildung genauso wie Forschung unternehmerisch organisieren kann. Vielleicht ist es sogar so, dass höhere Bildung leichter ökonomisch organisierbar ist. Dafür gibt es schließlich genug empirische Beispiele: Private Hochschulen machen in Deutschland nichts anderes, und sie machen ein gutes Geschäft. Ich meine nicht Witten-Herdecke, das ist ein Sonderfall. Über Weiterbildungsunternehmen will ich gar nicht reden. Von Humboldt, das heißt von Wissenschaftsbezug, ist bei diesen Hochschulen natürlich nicht mehr viel zu sehen. So lange und so viel es zahlungskräftige Nachfrage gibt, funktioniert dieses Modell. Probleme haben nur

diejenigen privaten Hochschulen, die sich nicht radikal genug ökonomisieren. Dass dieses Modell noch nicht auf den Bereich der öffentlichen Hochschulen ausgedehnt worden ist, hat primär etwas mit Sozialpolitik zu tun, und nicht damit, dass es nicht geht. Und vieles an der Bildungspolitik ist Sozialpolitik. Reine Bildungsanstalten lassen sich problemlos ökonomisieren. Im Ausland, also auf dem Weltbildungsmarkt, gibt es tausende Beispiele.

ZBS: Wenn Hochschulen als Unternehmen gedacht werden, kann sich auch die Wahrnehmung der Studierenden ändern: Im Zeitalter der Einführung von Studiengebühren werden sie zunehmend als Kunden von Universitäten und Fachhochschulen betrachtet, zuweilen sehen sich die Studierenden auch selbst so. Können Studierende tatsächlich Kunden der Hochschulen sein, oder handelt es sich nur um ein semantisches Spiel?

VR: Natürlich können Studierende Kunden einer Hochschule sein, und zwar dann, wenn sie dieser für eine definierbare Leistung einen nichtsubventionierten Preis zahlen. Hier ist alles möglich, Kundenrekrutierung auf der Seite der Hochschule, die Suche nach einer geeigneten Produktionsstätte auf der Seite der Studenten. Das Problem beginnt erst dann, wenn man in den Innenbereich von Bildungsprozessen schaut und sich fragt, ob mit der Kundenmetapher die Beziehung zwischen Studenten und Dozenten, das Lehr-Lern-Verhältnis, ausreichend beschrieben werden kann – übrigens egal an welchem Hochschultyp. Denken wir zum Vergleich an die Beziehung zwischen Arzt und Patient: Im Kernbereich medizinischer Leistungen, also zum Beispiel dann, wenn der Patient auf dem Operationstisch liegt, bricht die Kundenrolle des Patienten auf, ganz gleich, welche Semantik das Krankenhaus in seinen Publikationen verwenden mag. Genauso ist es im Bereich der Bildung: Im Kernbereich von Bildungsprozessen spielen sich Wissens- und Motivtransfer sowie Persönlichkeitsentwicklung ab, ein Kundenbegriff würde hier nur Unsinn erzeugen. Leistungsnachweise und Examina kann man nicht kaufen. Vielleicht ist hier an ein Zwiebelmodell zu denken, und die Beziehung zwischen Student und Hochschule kann in einigen an der institutionellen Oberfläche liegenden Bereichen kundenförmig organisiert sein. Pasternack hat insofern natürlich Recht. Sobald wir aber in den Kernbereich kommen, muss und wird das schlagartig aufhören. Außerdem herrscht in diesem Diskurs häufig das Missverständnis, ja die Illusion vor, dass für Unternehmen alle Kunden gleich sind. Das ist mitnichten so – es gibt gute und schlechte Kunden, und eine unterschiedliche Behandlung guter und schlechter Kunden ist für Unternehmen eine Selbstverständlichkeit. Banken z.B. differenzieren ihren Kreditzins nach Bonität der Kunden und sollen das auch – bis hin zur Verweigerung von Kredit. Ich frage mich, ob man wirklich möchte, dass solche Grundlagen des Verhältnisses von Dienstleistungsanbietern zu ihren Kunden auf den Bildungsbereich übertragen werden. Ökonomie ist ein systematisches Ungleichheitsgeschäft, in das man keine Gerechtigkeits- und Gleichbehandlungsvorstellungen einschleppen kann.

ZBS: Nun soll die Hochschulzulassung zunehmend entrechtlicht werden und sich zur aktiven „Kundenauswahl“ wandeln. Mit welchen Konsequenzen ist zu rechnen?

VR: Unter der Voraussetzung von marginalen Studiengebühren, die nur 5 oder 10 Prozent der Studienkosten ausmachen und einspielen, kann man noch nicht sagen, dass sich die Hochschulen einen bestimmten Typus „Kunden“ im Sinne einer sozialen Selektion auswählen. Die Selektionsstrategie der öffentlichen Hochschulen ist derzeit noch auf möglichst gute bzw. auf zum jeweiligen Fach passende Studenten ausgerichtet. Nun haben aber alle Hochschulen unterschiedliche Startbedingungen für die Auswahl von Studenten. Wir haben Hochschulen, die schlicht zu wenige Studenten haben. Wenn diese Hochschulen ihre Auswahlverfahren auf Höchstleistungsstudenten abstellen würden, würden sie noch weniger bekommen, als sie jetzt schon haben. Insbesondere die Hochschulen im Osten, aber auch einige Hochschulen im Westen, verhalten sich deshalb anders und sind auch an durchschnittlichen Studenten interessiert.

ZBS: Der damalige sächsische Ministerpräsident Milbradt hat vor rund zwei Jahren auf einer Tagung des CHE dieser Strategie heftig widersprochen und erklärt, dass die sächsischen Hochschulen nur „die Besten aus dem Westen“ wollen ...

VR: Das kann man so locker sagen, wenn man nicht gezwungen ist, seine Studienplätze zu füllen. Gegenüber den Osthochschulen hat es in der Vergangenheit in diesem Punkt eine gewisse Liberalität, ein Entgegenkommen, gegeben, auch im Zusammenhang mit dem Hochschulpakt. Hier werden zu Unrecht Luxusvorstellungen aufrechterhalten. Der Osten leistet sich das, und bekommt das auch noch belohnt. Aber im Kern ist es eben kein Problem des Ostens – auch im Westen suchen viele Hochschulen, zumindest in einigen Fächern, dringend Studenten. Ein gutes Beispiel sind die MINT-Fächer: Man kann durchaus der Meinung sein, sich nicht nur an Nachfrageprozesse zu adaptieren, sondern aus allgemeinpoltischen Gründen das Studium dieser Fächer besonders zu fördern, auch unter Mobilisierung von Begabungsreserven. In Wuppertal waren wir während meiner Rektoratszeit mit dieser Strategie sehr erfolgreich.

ZBS: Im Moment ist die Umwandlung der ZVS in eine Serviceagentur für die Hochschulzulassung in der Diskussion. Wie stellen Sie sich ein rationales Zulassungsverfahren zum Hochschulstudium vor?

VR: Man muss zunächst einmal sehen, mit welchen schlechten Gründen die ZVS abgewickelt wurde; ich habe dazu eine dezidierte, auch gegenüber der HRK kritische Position. Der Grund für die Einrichtung der ZVS in den siebziger Jahren war ein föderalistisches Problem: Aus verfassungsrechtlichen Gründen – Stichwort bundesweite „Gleichheit der Lebensverhältnisse“ – mussten die Zulassungen bundesweit organisiert und musste das Auswahlverfahren staatsvertraglich abgesichert werden. Wenn das nicht notwendig gewesen wäre, hätte jedes Land seine eigene ZVS einrichten oder auch ganz darauf verzichten können. Dieser Verfassungsaspekt besteht weiter. Die ZVS wurde in den vergangenen Jahren mit schlechten und emotionalen Argumenten insbesondere von der HRK bekämpft und hat letztlich wegen eines dort herrschenden antistaatlichen und antibürokrati-

schen Affekts inzwischen kaum noch eine Bedeutung. Selbst wenn die ZVS ein bürokratischer Laden ist und ihre Mitarbeiter ordentliche Beamte mit Staatsbezug sind, begründet das nicht, die ZVS abzuschaffen. Die Hochschulzulassung ist und bleibt ein hoheitliches Geschäft, und die Hochschulen haben sich, was die Komplexität der Prozesse im Zusammenhang mit der Studentenauswahl angeht, ungeheuer überschätzt. Das hat sich jetzt in einem fantastischen und peinlichen Chaos gezeigt. Die Hochschulen dachten alle, sie könnten das selbst. Aber als sie damit angefangen haben, zunächst mit einigen Fächern, haben sie schnell festgestellt, dass sie nichts anderes machen konnten, als das, was vorher die ZVS gemacht hat. Aus verfassungsrechtlichen Gründen steht die Abiturdurchschnittsnote als Kriterium weiterhin im Zentrum der Verfahren, und man hat nur einen kleinen Rest, mit dem man selektiv spielen kann. Das Zulassungschao stellt übrigens ein interessantes organisationssoziologisches Problem dar: Die durch die ZVS hergestellte Einheitlichkeit jetzt in eine Multiplayer-Konstellation aufzulösen, macht große Probleme, weil wir jetzt nur noch einzelne Systeme an den Hochschulen haben und kein übergreifendes System mehr. Hinzu kommt, dass die Studienplatzbewerber nicht so, wie gewünscht, mitspielen. Sie haben sich gegenüber den vielen einzelnen Systemen rational-instrumentell verhalten und sich bei vielen Hochschulen gleichzeitig beworben. Die Hochschulen als isolierte Systeme erfordern davon aber nichts. Das Ergebnis war eine Unterauslastung der Studienplatzkapazitäten, obwohl eigentlich ein Nachfrageüberschuss besteht. In den USA wäre das vielleicht kein Problem, aber wir können es uns bildungs- und finanzpolitisch einfach nicht leisten, 20 Prozent der öffentlich vorgehaltenen Studienplätze unbesetzt zu lassen. Das alles hätte man übrigens wissen können, bevor man die ZVS abgeschossen hat. Man hätte nur die Organisationssoziologie fragen müssen.

ZBS: Wer hat die Verantwortung für diese Entwicklung?

VR: Es war einer der dümmsten Beschlüsse der HRK, sich derart auf die Dezentralisierung der Hochschulzulassung zu kaprizieren. Ich weiß leider zu genau, wer die Wortführer gewesen sind, aber darüber werde ich jetzt natürlich nicht reden. Es war – wie bereits gesagt – ein antistaatlicher und antibürokratischer Affekt von Leuten, die weder vom Staat,

noch von Bürokratie eine Ahnung haben. Ich selbst bin in der HRK das eine oder andere Mal als schwarzes Schaf aufgefallen, weil ich zu diesem und anderen Themen meine, immer abweichende, Meinung gesagt habe. Auf die Spitze getrieben wurde die Diskussion noch dadurch, dass die HRK die Ersatz- oder Nachfolgeorganisation für die ZVS auch noch selber betreiben wollte, und das vor dem Hintergrund des recht kleinen Stabes bei der HRK. Das ist so kindisch, dass es wehtut. Eine extreme Selbstüberschätzung. Selbstverständlich wird es eine Nachfolgeorganisation der ZVS geben müssen, die noch stärker als bereits die ZVS informationstechnisch und personell aufgerüstet sein muss. Aber das System, das für die Hochschulzulassung notwendig ist, muss erst noch gebaut werden. Ministerin Schavan stellt sich in die erste Reihe und erklärt, das Problem lösen zu wollen, aber das erste Ergebnis ist eine weitere Verschiebung um ein weiteres Jahr. Das ist kein Wunder. Denn die Komplexität und Verarbeitungskapazität des Systems muss ungeheuer gesteigert werden, da jetzt auch Inputs der einzelnen Hochschulen berücksichtigt werden müssen, und das noch in mehreren Wellen. Ich bin mir sicher, dass es derzeit niemanden gibt, der das kann. Und deshalb werden wir an diesem Problem noch weiter leiden. Besonders leidet die Politik, wenn und weil sie sieht, dass Studienplätze nicht besetzt sind.

ZBS: Eine letzte Frage zum Schluss: Würden Sie heute noch einmal Rektor oder Präsident einer deutschen Universität werden wollen?

VR: Nein. Ich bin Professor geworden mit dem Bild der klassischen deutschen Universität, also mindestens ebenso Forscher wie Lehrer. Und ich bin Rektor geworden mit der zugegebenermaßen idealistischen Vorstellung, die Universität zwar als Organisation zu leiten, aber eben als lose gekoppelte Organisation mit Professuren als Ämtern. Und dabei habe ich die staatliche Einordnung der Universität nie kritisiert. Sowohl die heutigen Professoren wie Rektoren, die Universitäten insgesamt, werden noch merken, was sie mit der heutigen Entstaatlichung, der Liberalisierung, der Ökonomisierung verloren haben.

ZBS: Vielen Dank für das Gespräch, Herr Professor Ronge.

im Verlagsprogramm erhältlich:

**Christina Reinhardt/Renate Kerbst/Max Dorando (Hg.):
Coaching und Beratung an Hochschulen**

ISBN 3-937026-48-7, Bielefeld 2006, 144 Seiten, 19.80 Euro

Bestellung - Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

*Benedikt Hell, Ulrike Leitner,
Anne Pajarinen & Katja Päßler*

Entwicklungsperspektiven für internetbasierte Tests zur Studienorientierung



Benedikt Hell



Ulrike Leitner



Anne Pajarinen



Katja Päßler

Selbsttests zur Studienorientierung haben Hochkonjunktur. In den letzten Jahren sind an mehreren Universitäten neuartige Tests entwickelt worden, die den Studieninteressierten die Studienwahl erleichtern sollen. Mindestens so vielfältig wie das Spektrum der angebotenen Tests sind die Meinungen der Studienberatungen über den Nutzen dieser Verfahren. Um die inhaltliche Diskussion voranzubringen und auch um eine aktivere Rolle bei der Ausgestaltung von Selbsttests zur Studienorientierung einzunehmen, wurde von den baden-württembergischen Studienberatungen ein Workshop zum Thema „Ideenwerkstatt: Weiterentwicklung von Orientierungstests“ durchgeführt. Der vorliegende Beitrag dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse dieses Workshops.

1. Selbsttests zur Studienorientierung

Durch zahlreiche gesetzliche Neuregelungen auf Bundes- und Länderebene ist das Thema Hochschulzulassung als Forschungs- und Anwendungsfeld wieder verstärkt in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt. So widmete sich 2005 ein eigenes Sonderheft der Psychologischen Rundschau, das Organ der Deutschen Gesellschaft für Psychologie, dem Thema und es fanden mehrere Fachtagungen zur Thematik Studierendenauswahl und Studienentscheidung statt (Heine/Didi/Haase/Schneider 2008; Schuler/Hell 2008). Aktuelle Übersichtsarbeiten und Metaanalysen bieten inzwischen einen fundierten Überblick über die Aussagekraft verschiedener Prädiktoren des Studienerfolgs (z.B. Robbins/Lauver/Le/Davis/Langley/Carlstrom 2004; Kuncel/Hezlett 2007; Hell/Trapmann/Schuler 2008). Als ein Schwerpunkt der fachlichen Diskussion kristallisierte sich die Entwicklung von internetbasierten Orientierungsverfahren und deren Anwendung im Rahmen der Studienberatung heraus. Kennzeichnendes Merkmal dieser Verfahren, die häufig auch als Online-Orientierungstests oder Online-Self-Assessments be-

zeichnet werden, ist der systematische Abgleich von Personenmerkmalen auf der einen und Studienanforderungen auf der anderen Seite. Die Ratsuchenden bearbeiten diese Tests online und erhalten in der Regel unmittelbar im Anschluss eine Rückmeldung ihrer Ergebnisse.

Inzwischen bieten mehrere Hochschulen internetbasierte Verfahren zur Studienorientierung an. Als Pioniere auf diesem Feld taten sich die Ruhr-Universität Bochum („Borakel“) und die RWTH Aachen (studienfeldspezifische Verfahren für verschiedene Fächer) hervor. Mit einer geringen Verzögerung aber genau so gut durchdachten Konzepten folgten andere Hochschulen, wie die Universitäten Freiburg und Hohenheim (vgl. Beitrag von Hell/Päßler/Schuler in der vorigen Ausgabe der ZBS). Durch die vielfältigen Aktivitäten der Hochschulen entstand ein breites Spektrum an Verfahren. Dabei verfolgen die Konstrukteure jeweils unterschiedliche Zielsetzungen und legen ihren Tests verschiedene theoretische Annahmen zugrunde. Milbradt, Zettler, Putz, Heukamp und Hornke (2008) schlagen folgende Kategorisierung von internetbasierten Orientierungsverfahren vor:

- 1) *Ausbildungsübergreifende Orientierungsverfahren*, die Hilfestellung bei der generellen Entscheidung für oder gegen ein Studium leisten (z.B. Teil „Mein Berufsweg“ des Tests der Ruhr-Universität Bochum, www.borakel.de).
- 2) *Fächerübergreifende Verfahren*, die der Orientierung im Hinblick auf verschiedene Studienfächer dienen (z.B. der Test der Universität Hohenheim www.was-studiere-ich.de, der aktuell zu einem bundeslandweiten Verfahren ausgebaut wird und in Zukunft alle Studiengänge Baden-Württembergs abbilden soll).
- 3) *Studienfeld- und Studienfachspezifische Verfahren*, die Ratsuchenden eine Entscheidungshilfe in Bezug auf ein spezifisches Studienfeld oder Studienfach bieten (z.B. Self-Assessment Maschinenbau der RWTH Aachen,

www.assess.rwth-aachen.de; verschiedene Self-Assessments der Universität Freiburg: www.psaw.uni-freiburg.de).

Die Nutzerzahlen dieser Verfahren sind teilweise beträchtlich. Der Hohenheimer Interessentest was-studiere-ich.de verzeichnete in den vergangenen 2.5 Jahren über 430 000 komplett durchgeführte Testungen (Stand: Juni 2009). Angesichts der hohen Popularität dieser Orientierungsverfahren und auch im Hinblick auf die anstehenden Kapazitätsengpässe in den Studienberatungsstellen im Zusammenhang mit der Umstellung auf das achtjährige Gymnasium (G8) in mehreren Bundesländern veranstaltete das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst (MWK) Baden-Württemberg eine Fortbildungsveranstaltung für Studienberater, die den Titel „Orientierungs- und Eignungstests in der Studienberatung“ trug. Zusätzlich zur Vermittlung von fachspezifischen Inhalten ging es in einem gesonderten Workshop darum, zukünftige Entwicklungslinien für internetbasierte Verfahren zur Studienorientierung zu definieren. Die zahlreichen interessanten Ideen und Vorschläge, die in diesem Workshop entwickelt wurden, werden im Folgenden dokumentiert, da sie aus unserer Sicht wertvolle Anstöße für die Fortentwicklung von Orientierungsverfahren und für die Einbettung dieser Verfahrensklasse in den Beratungsalltag bieten.

2. Workshop „Ideenwerkstatt: Weiterentwicklung von Orientierungstests“

Der Workshop wurde im Rahmen der jährlichen Fortbildung für baden-württembergische Studienberater durchgeführt. Die Teilnahme war freiwillig. Durch den Moderator des Workshops, Benedikt Hell, wurden die folgenden Themen vorgeschlagen:

- Welche Ziele sollten mit internetbasierten Verfahren zur Studienorientierung verfolgt werden?
- Für welche Altersklassen sollten diese Verfahren entwickelt werden? In welcher Entscheidungsphase können sie greifen?
- Wie können oder sollen Online-Orientierungsverfahren in den Beratungsprozess eingebunden werden?
- Ausgehend von einem Orientierungstest, der bereits Interessen operationalisiert: Welche Merkmale sollten in Zukunft zusätzlich aufgenommen werden?

Die Themenvorschläge wurden von den Workshop-Teilnehmern als geeignet eingeschätzt und dem Diskussionsprozess zugrunde gelegt. Es wurde ein rolierendes System zur Diskussion der vier Aspekte gewählt, bei dem die Teilnehmer die genannten Themen in vier parallel arbeitenden Gruppen erörterten. Nach Ablauf von 30 Minuten wechselten die Diskussionsteilnehmer die Diskussionsgruppe und damit das Thema. Die Ergebnisse wurden auf Flipcharts festgehalten. Ein Mitglied der Arbeitsgruppe blieb jeweils noch nach Ablauf der Diskussionszeit von 30 Minuten und präsentierte der neu gebildeten Arbeitsgruppe die Ergebnisse der Vorgängerrunde. Nach drei Durchgängen wurden die Ergebnisse im Plenum vorgestellt.

An dem Workshop nahmen ca. 35 Personen teil. Dabei handelte es sich in erster Linie um Studienberater, aber

auch um Prodekane für Lehre sowie Angestellte studentischer Abteilungen verschiedener baden-württembergischer Universitäten und Hochschulen.

3. Ergebnisse des Workshops

Welche Ziele sollten mit Orientierungsverfahren verfolgt werden?

Nach Einschätzung der Teilnehmer sollte das übergeordnete Ziel von Online-Orientierungsverfahren darin bestehen, die *Passung zwischen Person und Studien- bzw. Berufsanforderungen* zu verbessern. Idealerweise sollte die verbesserte Passung zu einem größeren *Studienerfolg* (Studiennoten/geringere Abbruchwahrscheinlichkeit) und zu einer größeren *Studienzufriedenheit* führen.

Orientierungstests sollen eine *Orientierungshilfe* für Ratsuchende darstellen. Die Rückmeldung an die Ratsuchenden sollte diese Zielsetzung explizit transportieren. Insbesondere sollte einer „Testgläubigkeit“ vorgebeugt werden, indem verdeutlicht wird, dass Orientierungsverfahren *nicht als Entscheidungstests* konzipiert sind („das sollst Du studieren“), sondern vielmehr „Ideen“ oder „eine mögliche Richtung“ für den Prozess der Studienwahl liefern. Insofern sollte die Rückmeldung der Ergebnisse keinen Absolutheitsanspruch vermitteln. Die Verfahren sollten Ratsuchenden idealerweise einen *Anstoß* dazu geben, sich mit ihrer Studienfachwahl näher auseinander zu setzen. Die Orientierungsverfahren können auch dazu dienen, die Studienwahl zu bestätigen oder neue Alternativen aufzuzeigen.

Neben den Ratsuchenden, die sich zum ersten Mal mit ihrer Studienwahl auseinandersetzen, könnten nach Ansicht der Workshop-Teilnehmer *Studienfachwechsler* eine weitere potenzielle Zielgruppe für Orientierungstests sein. Diese Gruppe könnte von den neuen Instrumenten, die ja noch vor wenigen Jahren unbekannt waren, profitieren. Zudem werden Studienfachwechsler und Studienabbrecher zu einer für die Evaluation von Orientierungsverfahren wichtigen Zielgruppe: Wurde das ursprünglich gewählte Fach von einem Orientierungstest empfohlen oder nicht? Aus Abweichungen sollten Konsequenzen für die Testweiterentwicklung gezogen werden!

In den Diskussionsrunden zur Zielsetzung von Orientierungsverfahren wurden auch einzelne politische Zielsetzungen bzw. *potenziell politische Zielsetzungen* beleuchtet. So könnten einzelne Hochschulen oder aber auch ganze Bundesländer Orientierungstests dazu instrumentalisieren, bestimmte Zielgruppen von dem eigenen Studienangebot zu überzeugen, also dem Marketing ein höheres Gewicht einräumen als der Beratung. Nach Ansicht der Workshop-Teilnehmer wäre es aber untragbar, wenn eine Empfehlung für ein Studienangebot aus *Marketinggründen* ausgesprochen wird *statt nach bestmöglicher Passungsanalyse*. Die Interessen des Ratsuchenden gehen nach Teilnehmermeinung grundsätzlich vor. Weiterhin wurde die Befürchtung geäußert, dass die Orientierungsverfahren zwar als *Beratungsangebot* konzipiert werden, aber möglicherweise in Zukunft doch als *Selektionsinstrument* dienen sollen. Abschließend wurde erörtert, ob aus Sicht von einzelnen Interessengruppen internetbasierte Orientierungsverfahren dazu dienen sollen, *persönliche Beratungsangebote zu reduzieren* und damit langfristig Kosten zu sparen.

Wie können die Verfahren zeitlich eingebunden werden und in welchen Entscheidungsphasen ist der Einsatz sinnvoll?

Die Workshop-Teilnehmer diskutierten die zeitliche Einbindung von Orientierungsverfahren vor dem Hintergrund, ob und wie solche Instrumente sinnvoll im Bereich der Schulen und/oder weiterführenden Bildungsinstitutionen eingesetzt werden können. Eine Einbindung in den schulischen Berufs- und Studienorientierungsprozess erscheint sinnvoll, da sich hier Anknüpfungspunkte zu curricular verankerten Elementen der Berufsorientierung ergeben.

Nach Ansicht der Workshop-Teilnehmer können verschiedene Phasen definiert werden, die sich für den Einsatz der Instrumente anbieten:

1. Anstoß der beruflichen Orientierung

Der schulische Berufsorientierungsprozess beginnt üblicherweise in Klasse 9 oder 10 mit einer Hinführung an die Themengebiete Interessen, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Ziele. Meist findet im Rahmen dieser Erstorientierung ein Berufspraktikum statt, in dessen Vorfeld Orientierungsverfahren eingesetzt werden können, um sinnvolle Ideen für diese Praktika zu entwickeln. Die Testempfehlungen können als Ausgangsbasis dienen, um vorhandene Interessen und Begabungen hiervon ausgehend weiter zu explorieren. Nach Meinung der Workshop-Teilnehmer können die Empfehlungen auch für die Wahl der Kernfächer in der Oberstufe hilfreich sein.

Da sich individuelle Interessen erst im Laufe der frühen Adoleszenz stabilisieren (Low/Yoon/Roberts/Rounds 2005) erscheint den Workshop-Teilnehmern ein Einsatz von Orientierungsverfahren vor der schulischen Erstorientierung nicht sinnvoll. Um Entwicklungen erkennen und dokumentieren zu können, ist es möglich, Orientierungsverfahren mehrmals einzusetzen. Eine solche Verlaufsdiagnostik wäre eine ideale Grundlage für Förder- und Beratungsgespräche. Allerdings stellt sich die Frage, wer diese Förder- und Beratungsgespräche führen soll und kann!

2. Konkretisierung des Studien- und Berufszieles

Ein Testeinsatz bietet sich im Rahmen der Studienorientierung in der Oberstufe, beispielsweise zur Vorbereitung von Studientagen an Hochschulen an. Die Benennung der eigenen Interessen und Fähigkeiten fällt den Schülern nun bereits leichter und kann als Grundlage für eine fundiertere Studien- und Berufswahl herangezogen werden. Orientierungsverfahren können prinzipiell auch außerhalb des Schulkontextes durchgeführt werden. Die Teilnehmer empfehlen aber, dass Orientierungsverfahren nicht losgelöst stattfinden, sondern in die Beratungsangebote von Hochschulen, der Bundesagentur für Arbeit oder anderen professionellen Beratungsinstitutionen eingebunden werden.

3. Bestätigung der Studienwahl/Fachwechsel

Auch im Rahmen der Neuorientierung von Studierenden können Orientierungsverfahren verwendet werden. Diese Verfahren können einerseits Fachwechsler bei der Neuorientierung unterstützen und andererseits Studierenden Hilfestellung bieten, die sich hinsichtlich ihrer Studienfachwahl unsicher sind.

Insgesamt kann ein Testeinsatz also zu verschiedenen Zeitpunkten sinnvoll sein. Der Nutzen ergibt sich in Abhängigkeit von der individuellen Situation des Ratsuchenden sowie von der inhaltlichen Ausrichtung des konkreten Orientierungsverfahrens.

Welche Merkmale sollten zusätzlich noch erfasst werden?

Um Studieninteressierte mittels Online-Orientierungsverfahren bei einer fundierten Studien- und Berufswahlentscheidung zu unterstützen, sahen es die Teilnehmer der Diskussionsrunde zunächst als zielführend an, die Interessen, Fähigkeiten und Fertigkeiten einer Person möglichst umfassend zu eruieren.

Neben der – von vielen bestehenden Orientierungsverfahren bereits ermöglichten – Erhebung individueller Interessenausprägungen und deren Abgleich mit Interessenprofilen einzelner Studiengänge bzw. Berufe diskutierten die Workshop-Teilnehmer die Ausweitung solcher Verfahren auf den Bereich der Fähigkeiten als zukünftige Erweiterungsmöglichkeit. Das Augenmerk wurde einerseits auf die Erfassung verschiedener *kognitiver Variablen*, wie den Umgang mit Sprache und Zahlen, der Verarbeitungskapazität und Merkfähigkeit, als auch auf spezifische, *nicht-kognitive Variablen* wie individuelle Fähigkeiten in den Bereichen Kunst, Musik oder Sport, gelegt. Indem zunächst die Interessen des Ratsuchenden herausgearbeitet werden, können nachfolgend die Anforderungen des Studiengangs bzw. des Wunschberufes mit individuellen Fähigkeiten abgeglichen werden, um die Passung zwischen Person und Studien- bzw. Berufsanforderungen zu verbessern und ggf. Diskrepanzen zwischen Interessen, Fähigkeiten und Anforderungen aufzuzeigen.

Des Weiteren stellen nach Ansicht der Workshop-Teilnehmer die Erhebung *biografischer Daten*, des persönlichen *Lern- und Arbeitsstils* sowie individueller *Werte- und Grundvorstellungen* sinnvolle Komponenten eines Orientierungsverfahrens dar. Generelle Fragen zu den Themen *außerschulisches und freiwilliges Engagement* oder *individuelle Hobbys* sowie konkrete Fragen wie z.B. *welche Erfahrungen* der Ratsuchenden bereits in der Vergangenheit durch *Praktika, Ferienjobs* oder *Aushilfstätigkeiten* erworben hat, erlauben es, das Interessen- und Fähigkeitsspektrum weiter zu konkretisieren. Zusätzlich helfen die Antworten des Ratsuchenden einzuschätzen, wie intensiv sich der Einzelne mit dem Thema Studien- und Berufswahl bereits auseinandergesetzt hat, wie realistisch die Vorstellungen hinsichtlich einzelner Berufsbilder sind und woraus die Motivation für eine bestimmte Studien- und Berufswahl resultiert (vgl. Konzept der Berufswahlreife nach Super 1953).

Um das Spektrum an Alternativen zu erweitern oder eine bestehende Studienwahl zu bestärken, erlaubt die Erfassung von *Schulfächern (Noten, Beliebtheit der Fächer, Abneigungen)* eine zusätzliche Ableitung von individuellen Interessen, Fertigkeiten und Fähigkeiten.

Aus der Beratungspraxis heraus erleben die Teilnehmer auch die Berücksichtigung von *Fremdeinschätzungen* z.B. durch Eltern, Lehrer, Freunde und Bekannte als wertvolle Hilfestellung bei der Bestimmung individueller Interessen- und Fähigkeitsprofile. Allerdings ist einerseits die Erfassung von Fremdbeurteilungen durch ein internetbasiertes Self-

Assessment methodisch schwierig, andererseits müssen u.U. Diskrepanzen zwischen Fremd- und Selbstbild hinterfragt und diskutiert werden. Dies übersteigt die Möglichkeiten eines internetbasierten Verfahrens deutlich.

Bei der Bearbeitung der Frage nach zusätzlich zu erfassenden Merkmalskategorien berufen sich die Workshop-Teilnehmer insgesamt stark auf ihre Praxiserfahrungen in der Studienberatung und erörtern Aspekte, die sie im Alltag in den Beratungsprozess integrieren. Abschließend sind sich die Teilnehmer allerdings einig, dass der aufgeführte Merkmalskatalog lediglich eine Wunschvorstellung darstellen kann. Eine so umfassende Ausdifferenzierung der Interessen, Fähigkeiten und Motivationen der Ratsuchenden widerspricht der Zielstellung eines internetbasierten Verfahrens, einen ersten Anstoß bzw. eine erste Orientierung zum Thema Studien- und Berufswahl zu ermöglichen. Der Fokus eines internetbasierten Orientierungsverfahrens sollte nach Auffassung der Diskussionsrunde auf dem *Abgleich individueller Interessen- und Fähigkeitsprofile mit konkreten Studien- und Berufoanforderungen* liegen. Eine Bearbeitungsdauer von 50-70 Minuten für Self-Assessments wird als Richtwert diskutiert, um Studieninteressierte nicht von der Teilnahme abzuschrecken.

Wie können Orientierungsverfahren sinnvoll in den Beratungsprozess eingebunden werden?

Die Teilnahme an einem Orientierungsverfahren (Orientierungstest und/oder Orientierungsgespräch) wird in Baden-Württemberg ab dem WS 2011/12 für Bewerber in nicht-zulassungsbeschränkten Studiengängen verpflichtend. Zudem haben sich diese Verfahren als sinnvolles Element der Studien- und Berufsorientierung etabliert und werden von den Ratsuchenden stark nachgefragt. Daher war es den Workshop-Teilnehmern wichtig, die Frage zu diskutieren, in welcher Form Orientierungsverfahren in den Beratungsprozess einbezogen werden können.

Als erster und wesentlicher Punkt wurde genannt, dass der in der Regel automatisch erstellte Rückmeldetext der internetbasierten Orientierungsverfahren einen auffällenden *Hinweis auf ergänzende persönliche Angebote* der Studien- und Berufsberatung enthalten sollte. Die Teilnehmer äußerten die Befürchtung, dass eine isolierte Testdurchführung ohne ein begleitendes Beratungsgespräch zu Unklarheiten seitens der Ratsuchenden führen würde. An dieser Stelle wurde deutlich, dass Online-Tests nur ein Element der Beratung darstellen und es für eine auf den Ratsuchenden orientierte Beratung wesentlich ist, die Person als Ganzes mit all ihren individuellen Facetten zu betrachten. Erst durch die Einbettung in ein ganzheitliches Beratungskonzept kann den individuellen Bedürfnissen der Ratsuchenden angemessen entsprochen werden.

Im ersten Schritt besteht die Aufgabe des Beraters darin, zu klären, ob der Ratsuchende die Ergebnisse eines Orientierungstests überhaupt für die Beratung nutzen möchte (Auftragsklärung). Wünscht der Ratsuchende eine Integration dieses Instruments, besteht ein eleganter Weg, die Testergebnisse einzubeziehen darin, sie zunächst durch den Ratsuchenden vorstellen zu lassen und diese Interpretation in die Beratung einzubinden. Sehr positiv wurde die von Klaus-Dieter Dohne angebotene systemische Lesart

aufgenommen, Testergebnisse als einen von verschiedenen „Ratgebern“ im Vorfeld der Studienentscheidung zu re-interpretieren (ergänzend zu anderen Ratgebern, z.B. Vater, Freundin, Lehrkraft). Nehmen Ratsuchende diese Lesart an, fällt ihnen die Relativierung von Testergebnissen leichter. Zudem können Berater die Testergebnisse besser in einen systemischen Kontext setzen und umfassender diskutieren.

Insgesamt erhöhten Beratungsbedarf sehen die Teilnehmer in Fällen, in denen das Ergebnis des Orientierungstests für die Ratsuchenden als Ganzes oder in Teilen unerwartet ist. Zu einem echten Problem können solche unerwarteten Ergebnisse bei Ratsuchenden werden, die die Testergebnisse als absolutes Kriterium für oder gegen eine bestimmte Studien- oder Berufsentscheidung ansehen. Bei derart „testgläubigen“ Ratsuchenden besteht die Gefahr einer schwerwiegenden Verunsicherung durch die Testergebnisse.

Als weitere Zielgruppe kommen Fachwechsler und Studienabbrecher in Betracht. Ausgangspunkt für den Beratungsprozess sollte in diesen Fällen eine ausführliche Analyse der ursprünglich getroffenen Studienwahl und der Ursachen für den Studienabbruch sein. Im weiteren Verlauf der Beratungsarbeit können Orientierungsverfahren als Hilfestellung für die neu anstehende Studien- oder Berufsentscheidung genutzt werden. Hierbei ist es wichtig, die Ergebnisse des Orientierungstests vor dem Hintergrund der herausgearbeiteten Ursachen für den Studienabbruch zu interpretieren.

Einig waren sich die Workshop-Teilnehmer darin, dass der fachgerechte Einsatz von Orientierungstests einerseits spezifisches Wissen voraussetzt und andererseits eine sorgfältige Vorbereitung des Beraters für eine gelungene Integration von Testergebnissen unabdingbar ist. Im Hinblick auf den verstärkten Einsatz von internetbasierten Orientierungsverfahren wurde mehrheitlich die Einschätzung geäußert, dass *spezielle Fortbildungsmaßnahmen* zu diesem Themenkomplex angeboten werden sollten.

4. Organisatorische und rechtliche Besonderheiten

In den Diskussionsrunden tauchten zusätzlich zu den vorgegebenen Themen übergeordnete Fragen auf, die das Thema internetbasierte Orientierungsverfahren eher auf allgemeiner, organisatorischer oder rechtlicher Ebene betreffen.

Wie bereits erwähnt, wird die Verwendung von Orientierungstests in einigen Ländern, darunter Baden-Württemberg, in Zukunft für Fächer ohne Zulassungsbeschränkung obligatorisch sein. Diese Pflicht-Regelung wurde von vielen Teilnehmern aus mehreren Gründen als problematisch angesehen. So führt ein Zwang zu einem ganz neuen Beratungssetting, das nicht mit den Beratungsgrundsätzen vieler Berater übereinstimmt. Weiterhin baut eine Zwangsorientierung unnötige Hürden für Bewerber aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland auf. Die Teilnahme an internetbasierten Orientierungsverfahren ist zwar zeit- und ortsunabhängig, die ggf. darauf folgende Studienberatung soll aber vor Ort an den Hochschulen stattfinden (siehe *Einbindung in den Beratungsprozess*). Als Lösungsvorschlag wurde die Möglichkeit einer telefonischen Beratung diskutiert. Bei Ausländern tritt zudem das Problem auf, dass die

Orientierungsverfahren in der Regel nur in deutscher Sprache zur Verfügung stehen. Bewerbern für Studiengänge, die in anderen Sprachen angeboten werden, müsste ein Orientierungsverfahren in der betreffenden Sprache bereitgestellt werden. Die Übersetzung von Orientierungsverfahren in andere Sprachen wurde diskutiert; alternativ sollte der Zwangscharakter der Orientierungsverfahren für ausländische Bewerber aufgehoben werden.

Wird die Teilnahme an einem Orientierungsverfahren verpflichtend vorgeschrieben, muss geklärt werden, ob die Teilnahme mit einem „Verfallsdatum“ versehen werden soll. Es wäre beispielsweise denkbar, dass die Testteilnahme nicht länger als beispielsweise zwei Jahre zurückliegen darf. Für eine solche Regelung würde sprechen, dass die Interessen und andere relevante Personenmerkmale der Schulabgänger mitunter noch nicht sehr stabil sind. Zahlreiche Workshop-Teilnehmer argumentierten aber gegen ein „Verfallsdatum“ und sprachen sich stattdessen dafür aus, dass bei weiter zurückliegenden Testdurchführungen eine wiederholte Durchführung lediglich empfohlen werden soll. Noch vertrackter wird diese Frage bei Studienfachwechseln: Soll eine erneute Testteilnahme im Fall eines Fachwechsels verpflichtend sein? Wenn die ursprüngliche Entscheidung für die Studienrichtung aufgrund des Testergebnisses gefällt wurde, wäre eine erneute Teilnahme sinnvoll, um herauszufinden, in welche Richtung sich die Interessen und Fähigkeiten entwickelt haben. Wenn das Studienfach aber nicht durch den Orientierungstest empfohlen wurde, könnte das alte Testergebnis gegebenenfalls als Grundlage für die Neuorientierung dienen. Auch für die Zielgruppe der Fachwechsler sollte eine erneute Testteilnahme lediglich empfehlenden Charakter erhalten.

Offen blieb u.a. die Frage, wie Studieninteressierte aus dem zweiten Bildungsweg in das Orientierungsverfahren eingebunden werden sollen. In der Praxis hatten viele Workshop-Teilnehmer bereits festgestellt, dass diese Personen oft sehr zielorientiert sind und bereits wissen, welche Studienrichtung sie interessiert. Ein obligatorischer Test könnte zu Reaktanz führen (vgl. Helle 1989) und sich eventuell negativ auf die Studienmotivation auswirken.

5. Ausblick

Bei allen Problemen, die in diesem Beitrag vorrangig besprochen wurden, betonten die Workshop-Teilnehmer wiederholt, dass internetbasierte Orientierungsverfahren eine nützliche *ergänzende Ressource* der Studienorientierung darstellen. Gleichwohl müsste diese noch recht junge Verfahrensklasse kontinuierlich evaluiert werden. Ergänzend zur Untersuchung der Kernfrage, ob Orientierungsverfahren Studienenerfolg prognostizieren können, sollte untersucht werden, ob die *Studienzufriedenheit* wächst, wenn die Wahl des Studiengangs, angeregt durch Orientierungsverfahren, besser durchdacht ist. Eine weitere Zielgruppe für Folgeuntersuchungen bilden die Studienabbrecher: Führen Orientierungsverfahren – wie erhofft – zu einer geringeren Abbrecherquote, bleibt sie gleich hoch oder steigt sie

sogar? Unterstützt das Testergebnis in manchen Fällen die Entscheidung, das Studium abzubrechen? Erleichtert ein Orientierungstest die Neuorientierung?

Im Rahmen des Workshops sind viele wertvolle, neue Ideen entstanden, die bei der Neu- und Weiterentwicklung von internetbasierten Orientierungsverfahren weiterverfolgt werden sollten. Durch die heterogene Zusammensetzung des Workshops (Studienberater, Prodekane, Kollegen mit Verwaltungshintergrund) wurden vielfältige Perspektiven eingenommen und erst dadurch wurde der Facettenreichtum des Themas in seiner Gänze deutlich. Denn mit dem Einsatz von internetbasierten Orientierungsverfahren werden neuartige Fragen zur Beratungsmethodik, zur organisatorischen Einbindung und nicht zuletzt zur rechtlichen Regelung des Hochschulzugangs aufgeworfen. Durch die rege Beteiligung der Teilnehmer mit ihren unterschiedlichen Hintergründen konnten diese Fragen überhaupt bestimmt und zudem perspektivenreich und fundiert diskutiert werden.

Literaturverzeichnis

- Heine, C./Didi, H.-J./Haase, K./Schneider, H. (Hg.) (2008): Profil und Passung. Studierendenauswahl in einem differenzierten Hochschulsystem. HIS, Hannover.
- Hell, B./Päßler, K./Schuler, H. (2009): was-studiere-ich.de: Konzept, Nutzen und Anwendungsmöglichkeiten. Zeitschrift für Studium und Beratung, 4, S. 9-14.
- Hell, B./Trapmann, S./Schuler, H. (2008): Synopse der Hohenheimer Metaanalysen zur Prognostizierbarkeit des Studienerfolgs und Implikationen für die Auswahl- und Beratungspraxis. In: H. Schuler/B. Hell (Hg.): Studierendenauswahl und Studienentscheidung, Göttingen, S. 43-54.
- Helle, T. (1989): Ein vergessenes Phänomen in Gespräch und Beratung: Reaktanz. Zeitschrift für Pädagogische Psychologie, 3, S. 9-15.
- Kuncel, N. R./Hezlett, S. A. (2007): Standardized tests predict graduate students' success. *Science*, 315, pp. 1080-1081.
- Low, K. S. D./Yoon, M./Roberts, B. W./Rounds, J. (2005): The Stability of Vocational Interests From Early Adolescence to Middle Adulthood: A Quantitative Review of Longitudinal Studies. *Psychological Bulletin*, 131, pp. 713-737.
- Milbradt, A./Zetteler, I./Putz, D./Heukamp, V./Hornke, L. F. (2008): Ziele von Self-Assessments und ihre Bedeutung für Entwicklung und Evaluation. *Report Psychologie*, 33, S. 352-362.
- Robbins, S. B./Lauver, K./Le, H./Davis, D./Langley, R./Carlstrom, A. (2004): Do Psychosocial and Study Skill Factors Predict College Outcomes? A Meta-Analysis. *Psychological Bulletin*, 130, pp. 261-288.
- Schuler, H./Hell, B. (2008): Studierendenauswahl und Studienentscheidung. Göttingen.
- Super, D.E. (1953): A theory of vocational development. *American Psychologist*, 8, pp. 185-190.

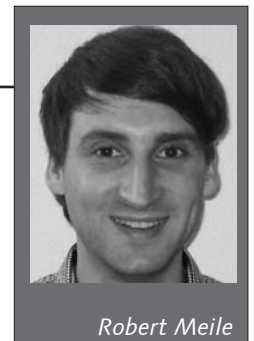
- Dr. Benedikt Hell, Dipl.-Psych., Beauftragter für Auswahl- und Orientierungsverfahren, Universität Konstanz, E-Mail: benedikt.hell@uni-konstanz.de
- Ulrike Leitner, M.A., Studienberaterin, Zentrale Studienberatung, Universität Konstanz, E-Mail: Ulrike.Leitner@uni-konstanz.de
- Anne Pajarinen, Master of Philosophy, Beraterin im Career Service, Universität Konstanz, E-Mail: Career.Service@uni-konstanz.de
- Katja Päßler, Dipl.-Psych., Mitarbeiterin im Projekt Orientierungstest, Universität Konstanz

Christian Mödebeck & Robert Meile

„Studium lohnt!“- eine Initiative der Brandenburger Hochschulen



Christian Mödebeck



Robert Meile

1. Entstehungshintergrund

Das Bundesland Brandenburg weist nach einer aktuellen Studie des Statistischen Bundesamtes bundesweit die geringste Übergangsquote aller Studienberechtigten auf. Lediglich 61,7% der Studienberechtigten eines Jahrgangs entscheiden sich im Zeitraum von sechs Jahren nach Erwerb der Hochschulreife für ein Hochschulstudium. Dies ist nicht nur im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (76,1%) ein niedriger Wert, sondern auch im direkten Vergleich zum nächstplatzierten Bundesland Hamburg (68,7%) (Statistisches Bundesamt 2008, S. 6).

Auskunft über die Zahl potentieller Studierender gibt die Anzahl derjenigen Schülerinnen und Schüler eines Altersjahrgangs, die gemessen an der Gesamtstärke eines Jahrgangs, die Hochschulreife erwerben. Die Anzahl der Studienberechtigten in Brandenburg entspricht im langjährigen Trend betrachtet etwa dem Bundesdurchschnitt, liegt aber seit Mitte der 1990er Jahre fast durchgängig 2 bis 3 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der neuen Bundesländer (Heine/Lörz 2007, S. 21). Dieses Potential ist im Verhältnis zu den anderen neuen Ländern größer. Im Vergleich zu den alten Bundesländern schneidet Brandenburg mit einem Platz im unteren Mittelfeld ab (39,9% im Vergleich zu 43,4% im Bundesdurchschnitt) (Statistisches Bundesamt 2008, S. 8).

Ein zentraler Faktor, der vor allem in Brandenburg einen erheblichen Einfluss auf die allgemeine Studienbereitschaft der Absolventinnen und Absolventen ausübt, stellt der von ihnen besuchte Schultyp dar: So haben sich im Jahr 2004 bundesweit 78% derjenigen Studienberechtigten von allgemeinbildenden Schulen für ein Hochschulstudium entschieden, hingegen – mit einer Differenz von 19 Prozentpunkten – nur 59% der Absolventinnen und Absolventen berufsbildender Schulen (Heine/Lörz 2007, S. 22f).

Als Erklärung für dieses, nicht nur in Brandenburg auftretende, Phänomen sollen zwei Sachverhalte herangezogen werden. Zum Ersten kann festgehalten werden, dass das Land Brandenburg in seiner neueren Geschichte auf keine ausgeprägte Hochschultradition verweisen kann. Große Teile der brandenburgischen Bevölkerung haben aufgrund dessen keine gewachsenen bzw. tradierten Berührungspunkte zur akademischen Bildung im eigenen Land

und/oder zur akademischen Bildung im Allgemeinen. Die Bildungsbiografie Jugendlicher nach dem Abitur wird daher überproportional häufig von traditionellen, aus dem Elternhaus und dem sozialen Umfeld bekannten Mustern beeinflusst, die einem Lehrberuf häufig einen höheren Stellenwert einräumen als einem Studium.

Zum Zweiten zeigen sich spezifische motivationale Dispositionen, die einer hohen Studierbereitschaft eher hinderlich entgegenstehen: Brandenburgische Studienberechtigten zeigen sich häufig extrinsisch, d.h. durch äußere Anreize wie hohes Einkommen, berufliche Sicherheit oder Aufstiegsmöglichkeiten motiviert und sehen in ihrer Ausbildungswahl eine gute Möglichkeit zur „persönlichen Verwirklichung“. Dadurch, dass eine nicht-akademische Laufbahn als gleichwertige Alternative zu einem Hochschulstudium angesehen wird, wird zugleich übersehen, dass die angegebenen extrinsischen Motive in hohem Maße mit einer akademischen Ausbildung einhergehen.

Diese nicht nur in Brandenburg spezifische Situation stellt für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Bundeslandes eine nicht zu unterschätzende Notlage dar. Zunächst trägt die hohe Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern mit Hochschulreife für die betriebliche Ausbildung zu einer Verdrängung von Bewerberinnen und Bewerbern mit niedrigerer Qualifikation, was zum einen die Entwicklung der Arbeitslosigkeit aber auch das Risiko ihrer Abwanderung bedingt. Zudem sind bereits jetzt die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für junge Menschen – vor allem höher Qualifizierter – nicht ansprechend genug, um ihrer Abwanderung wirksam etwas entgegenzusetzen. Der demografische Wandel wird diese Tendenzen noch verschärfen (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2008).

2. Zur Entwicklung des Projektes „Studium lohnt!“

Als Reaktion auf die defizitäre Ausgangslage in Bezug auf die niedrige Übergangsquote von der Schule zur Hochschule in Brandenburg, entstanden zahlreiche Projekte und Ini-

tiativen zur Steigerung der Studierneigung. Brandenburg und auch andere Bundesländer mit ähnlichen Dispositionen haben Maßnahmen entwickelt, um einerseits die eigenen Landeskinder zu einem Studium im Land zu motivieren und andererseits auch Studieninteressierte aus den anderen Bundesländern zu erreichen, um dem demografischen Wandel zu begegnen.¹

Vor diesem Hintergrund wurde das Projekt „Studium lohnt!“ ins Leben gerufen, das durch den Einsatz gezielter Maßnahmen an Schulen, aber auch an wissenschaftlichen Einrichtungen Brandenburgs die Ziele verfolgt, Berührungspunkte abzubauen, die Aufnahme eines Studiums als berufliche Perspektive im Gedächtnis der Schülerinnen und Schüler zu verstetigen und Hilfestellung bei Fragestellungen rund um das Studium zu geben. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen hierbei studienorientierende Maßnahmen, die zumeist an Schulen für Schülerinnen und Schüler durchgeführt werden. Da auch Lehrerinnen und Lehrer sowie Eltern einen entscheidenden Einfluss auf die Berufswahl junger Menschen ausüben, werden auch sie durch Informationsveranstaltungen in diesen Prozess einbezogen.

In zwei unabhängig voneinander durchgeführten Pilotprojekten wurden im Vorfeld erste Maßnahmen und Veranstaltungsformen an Schulen elaboriert, evaluiert und stetig weiterentwickelt. Ideen und Erfahrungen aus beiden Projekten hatten maßgeblichen Einfluss auf die Gesamtkonzeption des Projektes „Studium lohnt!“.

2.1 Pilotprojektphase

Dem Projekt gingen ab Mitte des Jahres 2007 zwei Pilotprojekte voraus, das Projekt „Intensive Betreuung Brandenburger Oberstufenzentren“ und „Schüler-Alumni an Brandenburger Schulen“, die durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg (MWFK) gefördert wurden. Eine kurz zuvor veröffentlichte Studie von Heine und Lörz zur Studienbereitschaft im Land Brandenburg², welche durch das MWFK in Auftrag gegeben wurde, kann als Anlass für die Initiation der Projekte betrachtet werden. Ziel beider Projekte war die Entwicklung und Erprobung von Maßnahmen zur Erhöhung der Studierneigung im eigenen Land.

Die „Intensive Betreuung Brandenburger Oberstufenzentren“ wurde vor dem Hintergrund der in der genannten Studie dargelegten Ergebnisse zur geringen Studierneigung von Absolventinnen und Absolventen, die an Oberstufenzentren Brandenburgs ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, initiiert (Heine/Lörz 2007, S. 80). Vor dem Hintergrund eines offensichtlichen Handlungsbedarfes an berufsbildenden Schulen wurden erste Maßnahmen entwickelt, um dem erhöhten Informationsbedarf der Schülerinnen und Schüler nachzukommen. Hierzu haben die Fachhochschule Brandenburg, die Fachhochschule Eberswalde, die Fachhochschule Lausitz, die Fachhochschule Potsdam und die Technische Fachhochschule Wildau in Kooperation Konzepte und Maßnahmen an Oberstufenzentren mit gymnasialer Oberstufe des Landes durchgeführt und evaluiert. Im Mittelpunkt standen dabei die Bereitstellung qualifizierter Informationen und die Schaffung von Berührungspunkten zwischen zukünftigen Absolventinnen und Absolventen und Hochschulmitarbeiterinnen und -mitarbeitern.³

Im gleichen Zeitraum wurde auf Initiative der Zentralen Studienberatung und des Career Service der Universität Potsdam das Projekt „Schüler-Alumni“ vorbereitet, das die drei Universitäten des Landes (die Brandenburgische Technische Universität Cottbus, die Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) und die Universität Potsdam) gemeinsam durchführten. Im Zentrum dieses Pilotprojektes standen Studierende der beteiligten Universitäten und ihre eigenen Studienerfahrungen, über die sie an Gymnasien und Gesamtschulen in von Ihnen moderierten Veranstaltungen berichteten. Schülerinnen und Schülern wurde so die Möglichkeit gegeben, Informationen zum Studium und zum Studentenleben von Studierenden zu erhalten. Ein Studium für Schülerinnen und Schüler transparenter und in Grenzen auch erlebbar zu machen, indem Veranstaltungen durch Studierende geplant und durchgeführt wurden, war Ansatz dieses Pilotprojektes.

Die inhaltliche Begleitung und die Koordination erfolgten durch die Studienberatung der Universität Potsdam. Um die Qualität der Veranstaltungen zu sichern, wurden zunächst umfangreiche Materialien für die Studierenden, die zukünftigen „Schüler-Alumni“ erstellt. Zu den wichtigsten unter ihnen gehörten ein eigens erarbeiteter Reader, der wesentliche studienorientierende tangierende Themen zusammenfasst und Präsentationsfolien, die sowohl bei der Vorbereitung der Veranstaltungen, aber auch als Unterstützung bei ihrer Durchführung Hilfestellung leisten sollten.

Darüber hinaus wurden die Studierenden in einer ganztägigen Schulung nicht nur inhaltlich auf den Einsatz in den Schulen vorbereitet, sondern insbesondere auch in ihren methodisch-didaktischen Fähigkeiten geschult, so dass die „Schüler-Alumni“ schließlich sowohl über umfangreiche Wissensbestände hinsichtlich methodischen Wissens zur Konzeptionierung und Durchführung von Veranstaltungen an Schulen sowie relevanten fachlichen Wissens zur Studienorientierung verfügten. Insgesamt wurden im Rahmen des Pilotprojektes ca. 60 Studierende zu „Schüler-Alumni“ ausgebildet.

Zur Unterstützung der Studierenden und zur Sicherung der Veranstaltungsqualität wurden die Schuleinsätze im Vorfeld von den entsprechenden Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeitern koordiniert, geplant und inhaltlich mit den Studierenden abgestimmt. Die Veranstaltungen wurden meist von zwei „Schüler-Alumni“ durchgeführt und durch eine Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter begleitet.

Beide Pilotprojekte endeten zum 31. Dezember 2007. Mit den gewonnenen Ergebnissen und Erfahrungen initiierten die Hochschulen ein gemeinsames Projekt unter dem Namen „Studium lohnt!“, welches die Ansätze der vorhergehenden Pilotprojekte miteinander verband, jedoch Inhalte, Konzepte und Module weiterentwickelte.

¹ Eine Übersicht über unterschiedliche Maßnahmen und Projekte hat das Institut für Hochschulforschung in Wittenberg zusammengestellt: <http://www.hochschulkampagne.de/marketing/laenderkampagnen.htm> vom 29.07.2008.

² In der Studie wurden maßgebliche statistische Zahlen zur Studienbereitschaft, so wie sie bereits im Einleitungsteil skizziert wurden, publiziert.

³ In Brandenburg ist die Anzahl der Oberstufenzentren (OSZ) recht gering (insgesamt 10 OSZ mit gymnasialer Oberstufe), so dass jedes OSZ im Land von einer Mitarbeiterin bzw. einem Mitarbeiter betreut werden konnte.

2.2 Initiation des Projektes „Studium lohnt!“

In Zusammenarbeit der beteiligten Hochschulen wurde ein Konzept entwickelt, das, basierend auf den Erfahrungen der Pilotprojekte, beide Ansätze in einem gemeinsamen Konzept miteinander verband. Die verschiedenen inhaltlichen Ansätze und Ideen der Pilotprojekte spiegeln sich in den beiden Handlungsfeldern von „Studium lohnt!“, „Schüler-Alumni“ und „Intensive Schulbetreuung“ in erweiterter Form und als Gesamtprojekt gedacht, wider.

Das Projekt „Studium lohnt!“ wird durch Mittel des Europäischen Sozialfonds, des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur und hochschuleigenen Mitteln in Höhe von 2.209.850 Euro finanziert. Zur Gewährleistung der Kooperation zwischen den acht am Projekt beteiligten Hochschulen und zur Umsetzung der Projektidee und ihrer kontinuierlichen inhaltlichen Umsetzung und Weiterentwicklung wurden Kooperationsverträge ausgearbeitet, deren Statuten die grundsätzlichen Rechte und Pflichten der Zusammenarbeit abbilden.

Durch die Notwendigkeit der Koordination aller am Projekt beteiligten Hochschulen können nicht nur Grenzen einzelner Projektpartnerinnen und Projektpartner unter Berücksichtigung und Nutzung von Alleinstellungsmerkmalen und spezifischen Möglichkeiten anderer Projektpartnerinnen und Projektpartner kompensiert werden, sondern es besteht zugleich die Chance, ein breitgefächertes, umfangreiches Netzwerk der Studienorientierung an den Hochschulen Brandenburgs zu implementieren.

Mittelfristig sollen durch die im Rahmen des Projektes durchgeführten Maßnahmen zum einen die Studierneigung der Brandenburger Schülerinnen und Schüler erhöht und zum anderen einem auf mangelnden Informationen beruhenden möglichen Studienabbruch begegnet werden. Darüber hinaus sollen von der Etablierung kontinuierlicher studienorientierender Maßnahmen auch Impulse für strukturelle Veränderungen an den Schulen ausgehen, so dass Studienorientierung nicht nur als integraler Bestandteil im Selbstverständnis von Bildungsarbeit verankert wird, sondern auch eine selbstständige Fortführung der Maßnahmen nach Ablauf der Projektlaufzeit gewährleistet werden kann. Um diese Ziele durch das Projekt zu verwirklichen, wurden auf Basis der in den Pilotprojekten gesammelten Erfahrungen oben genannte Handlungsfelder mit unterschiedlicher inhaltlicher Ausrichtung entwickelt. Beide Handlungsfelder sollen anschließend dargestellt werden.

2.2.1 Das Handlungsfeld „Schüler-Alumni“

Dieses Handlungsfeld richtet sich an Brandenburger Schülerinnen und Schüler insbesondere der Sekundarstufe II und stellt die Motivation für die Aufnahme eines Studiums in den Mittelpunkt. Grundidee des Handlungsfeldes ist es, die Erfahrungen Studierender für Schülerinnen und Schüler nutzbar zu machen und ihnen durch eine intensive, rechtzeitige und ihren Bedürfnissen und Erwartungen gerecht werdende Informationsveranstaltung die Anforderungen eines Hochschulstudiums transparent darzustellen. Der Einsatz von Studierenden als „Experten“ stellt eine auf Augenhöhe stattfindende authentische, persönlich-emotionale und dadurch ansprechende Information der Schülerinnen und Schüler dar.

Wie in der Pilotphase werden Studierende in einer Schulung auf ihre an den Schulen stattfindende Tätigkeit ausgebildet. Die Schulung basiert auf den gesammelten Erfahrungen des „Schüler-Alumni“-Pilotprojektes, deren Inhalte bereits weiter oben näher ausgeführt wurden.

Ausgehend von der Überlegung, Schülerinnen und Schüler möglichst früh durch die geplanten Projektmaßnahmen zu erreichen, finden alle Jahrgangsstufen der Oberstufe Berücksichtigung. Zur optimalen Unterstützung der anstehenden individuellen beruflichen Richtungsentscheidung werden die besonderen jahrgangsspezifischen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler in den Veranstaltungen adäquat berücksichtigt: Dementsprechend werden in der Jahrgangsstufe 11 Module zur Prozessanregung, in Jahrgangsstufe 12 Module zur Unterstützung der Such- und Vorausswahl und in der Jahrgangsstufe 13 Module zur Entscheidungsfindung erarbeitet. Dies hat einerseits den Zweck, auf den speziellen Informations- und Beratungsbedarf der Schülerinnen und Schüler einzugehen, andererseits kann auf diese Weise sichergestellt werden, dass Redundanzen bei mehrfachen Schulbesuchen vermieden und zugleich aufbauend auf den bisherigen Veranstaltungen neue Impulse für die Studienentscheidung gesetzt werden können.

Die Veranstaltungen, die zusammen mit einer Projektmitarbeiterin bzw. einem Projektmitarbeiter von den „Schüler-Alumni“ durchgeführt werden, stellen eine wichtige Ergänzung bestehender Formen der Studienberatung dar. In vertrauter und offener Atmosphäre können ungezwungen Fragen gestellt und Erfahrungen weiter gegeben werden. Je nach Bedarf können die Schulen zwischen folgenden „Schüler-Alumni“-Veranstaltungen wählen:

- Ein Team von zwei „Schüler-Alumni“ einer Brandenburger Hochschule gestaltet mit Unterstützung der Studienberatungen eine ein- bis zweistündige Veranstaltung im Rahmen des Unterrichts oder ein Team führt eine Informationsveranstaltung bzw. einen Workshop außerhalb des Unterrichts durch.
- Mehrere Teams von am Projekt beteiligten Hochschulen informieren Schülerinnen und Schüler im Rahmen von Projekttagen, oder mehrere Teams gestalten eine Informationsveranstaltung bzw. einen Workshop.
- Andere Veranstaltungsformen können individuell mit der jeweiligen Koordinatorin bzw. dem jeweiligen Koordinator eines Hochschulstandortes oder dem Projektkoordinator geplant werden.

Mit der Teilnahme am Handlungsfeld „Schüler-Alumni“ wird in individueller Rücksprache mit der Schule ein speziell auf die Bedürfnisse der Schule abgestimmtes Veranstaltungsangebot konzipiert und durch die Studierenden vor Ort realisiert. Hierbei wird der Erkenntnis entsprochen, dass Gespräche mit ehemaligen Schülerinnen und Schülern neben einer professionellen Beratung besonders nah an den Problemen der Schülerinnen und Schüler sind. Zudem finden die Veranstaltungen direkt an der Schule statt, was für hochschulferne Regionen im Land Brandenburg besonders von Bedeutung ist. Die Ansprache von Schülerinnen und Schülern gestaltet sich auf Augenhöhe und daher emotional, direkt und vorurteilslos.

2.2.2 Das Handlungsfeld „Intensive Schulbetreuung“

Wie oben beschrieben, wurden in der Pilotprojektphase bereits alle Oberstufenzentren im Land durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachhochschulen betreut. Ein erhöhter Beratungsbedarf und der Wunsch nach Informationen und längerfristiger Begleitung bestehen jedoch auch an Gymnasien bzw. an Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe, so dass die „Intensive Schulbetreuung“ über die Oberstufenzentren hinaus auch auf diese Schulformen ausgeweitet wurde. In Brandenburg gibt es derzeit ca. 135 Schulen mit gymnasialer Oberstufe (ohne Oberstufenzentren), da nicht alle diese Schulen intensiv betreut werden können, musste eine Auswahl stattfinden (vgl. <http://www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/detail.php/lbm1.c.227210.de> vom 29.07.2008.). Aus diesem Grund wurden diese Schulen zu einer Teilnahme an einer Bewerbung für das Projekt aufgerufen. Nach Abschluss der Bewerbung konnten 17 Schulen mit gymnasialer Oberstufe zusätzlich zu den Oberstufenzentren aufgenommen werden. Diese werden durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universitäten und Fachhochschulen betreut.⁴

Das zweite Handlungsfeld stellt – im Unterschied zum ersten – die längerfristige und kontinuierliche Begleitung der Schulen durch Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeiter in den Mittelpunkt. Besonderes Augenmerk wird im Rahmen der Betreuung vor allem auf die Zusammenarbeit und die Berücksichtigung der Bedürfnisse und Ideen aller Interessengruppen gelegt. So sollen Ideen von Schülerinnen und Schülern, ihrer Lehrerinnen und Lehrer und auch von Eltern sowie bereits bestehende Ansätze und Kooperationen zur Berufs- und Studienorientierung zu einem schuleigenen und schulprofilprägenden Konzept der Berufs- und Studienwahl verdichtet werden. Die Identifikation der Beteiligten mit dem Entwicklungskonzept und die entwickelten vertieften Kooperationsstrukturen mit der Wirtschaft und den Hochschulen des Landes sollen soweit vorangetrieben werden, dass eine Weiterführung der etablierten Strukturen auch über den Projektzeitraum hinaus von den Schulen gewährleistet werden kann.

Als Ergebnis eines Verständigungsprozesses von Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeitern untereinander, aber auch den geäußerten Erwartungen der am Projekt beteiligten Schulen, sind sechs inhaltliche Module hervorgegangen, die momentan durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter theoretisch fundiert und in Form von verschiedenen Veranstaltungstypen ausgearbeitet werden. Folgende inhaltliche Module liegen dem theoretischen Konzept der „Intensiven Schulbetreuung“ zugrunde:

Inhaltliche Module für das Handlungsfeld Schulbetreuung

- (1) Individuelle Studienorientierung
- (2) Anforderungen an zukünftige Studierende
- (3) Informationen zum Studium
- (4) Strukturierte Informationsfindung
- (5) Wissenschaft LIVE
- (6) Chancen durch Bildung

Die inhaltliche Modularisierung der „Intensiven Schulbetreuung“ hat den großen Vorteil, dass damit das gesamte Spektrum studienorientierender Maßnahmen abgedeckt wird, einzelne Bausteine der Module leicht den Vorstellun-

gen der Schulen angepasst werden können und nicht zuletzt stellen sie eine hilfreiche Unterstützung der Mitarbeiter bei ihrer planerischen, koordinierenden und kreativen Arbeit dar. Darüber hinaus wurden zur Gewährleistung eines Höchstmaßes an Qualität der Schulbetreuung allgemeine Rahmenbedingungen wie Zielgruppenorientierung, konzeptbasiertes Arbeiten und eine enge Verzahnung der vor Ort geleisteten Bildungsarbeit mit den Studienberatungen formuliert.

3. Erste Erfahrungen und Ergebnisse

Hinsichtlich der Wirksamkeit der durch das Projekt eingeleiteten Maßnahmen in Bezug auf die zu erreichenden Projektziele – Erhöhung der Studierneigung Brandenburger Schülerinnen und Schüler und Verringerung der Studienabbrüche – kann an dieser Stelle noch keine Aussage erfolgen. Es ist davon auszugehen, dass die Effekte der Maßnahmen u.U. erst mit deutlicher zeitlicher Verzögerung und damit erst nach Abschluss des Projektes sichtbar werden. Dessen ungeachtet sollen an dieser Stelle erste Ergebnisse über die bisher erreichten Schülerinnen und Schüler und deren Zufriedenheit mit den von ihnen besuchten Veranstaltungen dargestellt werden. Im Handlungsfeld „Schüler-Alumni“ fanden von Januar bis Juli 2008 224 Einsätze⁵ statt, 180 davon an Brandenburgischen Schulen, die verbleibenden an Hochschulen des Landes. Es konnten fast alle Schulen mit gymnasialer Oberstufe im Land Brandenburg erreicht werden. Insgesamt profitierten ca. 4.600 Schülerinnen und Schüler von den Erfahrungen der Studierenden.

Erste Evaluationsergebnisse des Handlungsfeldes „Schüler-Alumni“ liegen seit Kurzem vor. Die bislang ausgewerteten Evaluationsbögen zeigen, dass die Veranstaltungen auf eine überwiegend positive Resonanz bei der Zielgruppe Schülerinnen und Schüler gestoßen sind. Die Mehrzahl von 82,1% aller Schülerinnen und Schüler bewerten die von ihnen besuchten Veranstaltungen mit gut und sehr gut. Weiteren 14,5% hat die besuchte Veranstaltung durchschnittlich gefallen. Eine Minderheit von lediglich 3,4% der erreichten Schülerinnen und Schüler bewertet die Veranstaltung schlechter als durchschnittlich. Die durchschnittliche Bewertung aller evaluierten Schülerinnen und Schüler über alle bisherigen Veranstaltungen des Handlungsfeldes „Schüler-Alumni“ hinweg beträgt 1,95 nach dem Schulnotensystem. Erste Evaluationsergebnisse zum Handlungsfeld „Intensive Schulbetreuung“ liegen indes noch nicht vor.

Ein hoher Stellenwert wird im Rahmen der Projektevaluation der Einschätzung der Studienmotivation, die Schülerinnen und Schüler unmittelbar im Anschluss an die Veranstaltung angeben mussten, zugeschrieben. Die Auswertung (Abb. 2) ergab, dass nach der Veranstaltung über 42% aller befragten Schülerinnen und Schüler angegeben haben, dass ihre Motivation zu studieren durch den Besuch der Veranstaltung zugenommen bzw. stark zugenommen habe. Zusätzlich geben 45,7% der befragten Schülerinnen und

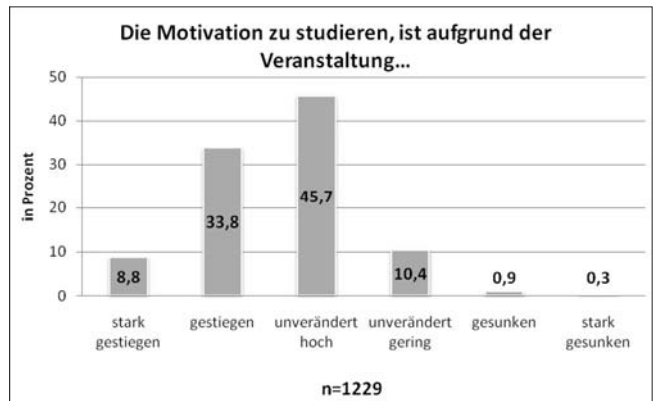
⁴ Hiervon betreut die Universität Potsdam 4 Schulen, die Brandenburgische Technische Universität und die Europa-Universität jeweils 3 Schulen, die Fachhochschule Wildau und Fachhochschule Eberswalde 2 Schulen, sowie die anderen Fachhochschulen jeweils eine Schule.

⁵ Ein Einsatz entspricht einer Veranstaltung von 90 Minuten.

Abbildung 1



Abbildung 2



Schüler an, dass sie ohnehin eine hohe Studienmotivation – unabhängig vom konkreten Besuch einer „Schüler-Alumni“-Veranstaltung – vorweisen.

Obwohl die Evaluationsergebnisse eine Motivationszunahme verzeichnen, kann an dieser Stelle keine Aussage getroffen werden, inwieweit die Veranstaltungen tatsächlich zur Aufnahme eines Studiums beigetragen haben bzw. beitragen werden. Viele Schülerinnen und Schüler in den Veranstaltungen werden erst in einigen Jahren eine Hochschulzugangsberechtigung erlangen, andere werden vorerst einen Dienst ableisten. So wird ein zahlenmäßiger Effekt erst nach Abschluss des Projektes feststellbar sein.

„Studium lohnt!“ hat sich zum Ziel gesetzt, im Projektzeitraum an allen Schulen mit gymnasialer Oberstufe im Land Brandenburg zu wirken. Durch eine Verstärkung der Kooperationen mit den Hochschulen und dem Projekt soll eine langfristige Studienorientierung Brandenburger Abiturientinnen und Abiturienten in Gang gesetzt werden. Hierbei soll jedoch nicht die Quantität, sondern insbesondere die Qualität der Veranstaltungen und Konzepte im Vordergrund stehen.

Literaturverzeichnis

Kröhnert, S./Hoßmann, I./Klingholz, R.: (2008): Die demografische Zukunft von Europa. Wie sich die Regionen verändern. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
 Heine, C./Lörz, M. (2007): Studienbereitschaft in Brandenburg. HIS 5/2007. Hannover.
 Statistisches Bundesamt (2008): Hochschulen auf einen Blick. Wiesbaden.

■ **Christian Mödebeck**, Dipl.-Päd., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentrale Studienberatung, Universität Potsdam, E-Mail: cmoedebe@uni-potsdam.de
 ■ **Robert Meile**, Dipl.-Verw. Wiss., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentrale Studienberatung, Universität Potsdam, E-Mail: meile@uni-potsdam.de

Reihe Hochschulwesen:
Wissenschaft und Praxis

im Verlagsprogramm erhältlich:

**Wim Görts (Hg.):
Projektveranstaltungen in Mathematik,
Informatik und Ingenieurwissenschaften**

ISBN 3-937026-00-2, Bielefeld 2003, 142 Seiten, 18.70 Euro

**Wim Görts (Hg.):
Projektveranstaltungen in den Sozialwissenschaften**

ISBN 3-937026-01-0, Bielefeld 2003, 98 Seiten, 14.00 Euro

Bestellung - Fax: 0521/ 923 610-22, E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de

Ute Minckert & Marita Böhning

Das Online-Coaching-Portal „UPprepare“ im Akademischen Auslandsamt der Universität Potsdam. Eine Zwischenbilanz



Ute Minckert



Marita Böhning

Das Akademische Auslandsamt beantwortet Fragen zum Thema Auslandsstudium und Auslandspraktikum und berät ausländische Studierende zu studienbezogenen, ausländerrechtlichen und finanziellen Fragen. Mit Hilfe von „UPprepare“ soll der Service für die Studierenden verbessert werden, indem sie die Möglichkeit haben, sich selbständig über ihren Studienaufenthalt in Potsdam bzw. im Ausland detailliert zu informieren und sich gezielt darauf vorzubereiten.

1. Vorstellung von UPprepare

„UPprepare“ ist eine webbasierte Software, die registrierten Nutzern den Zugriff auf die Informationen einer Internet-Plattform ermöglicht.

Das Programm wird vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) im Rahmen von PROFIS gefördert und wurde vom Center für Digitale Systeme (CeDiS) der Freien Universität Berlin entwickelt, wo es bereits seit 2005 erfolgreich unter dem Namen „Distributed Campus“ in Betrieb ist.

2. Finanzierung

Der Projektzeitraum umfasst ein Jahr. Dank der zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel durch den DAAD konnten zwei studentische Hilfskräfte eingestellt werden, die für die Informationsbereitstellung und Wartung von UPprepare zuständig sind. Sie arbeiten jeweils den Koordinatorinnen des Akademischen Auslandsamtes zu, die die Incoming- und Outgoing-Studierenden betreuen, deren Arbeitszeit am Projekt jeweils 10 Stunden pro Woche beträgt.

3. Übernahme der Anwendung von der FU Berlin

Die Universität Potsdam ist die erste Hochschule, die das Distributed-Campus-Modell von der Freien Universität Berlin übernommen hat und im Bereich der Austauschstudierenden einsetzt.

Vor der Inbetriebnahme von UPprepare erhielten die Mitarbeiterinnen des Akademischen Auslandsamtes eine Schulung durch die Projektmanagerin des Programms an der FU Berlin. Im Rahmen der Schulung wurde der Aufbau bzw. die Anwendung des Systems ausführlich beschrieben. Außerdem wurde die im Zuge der Nutzung des Systems zu beachtende Rollenverteilung genauer erklärt.

Nach der Übernahme des Systems von der FU Berlin galt es, Informationen für die einzelnen Gruppen zu erarbeiten. Zwar konnte teilweise auf bereits vorhandenes Material zurückgegriffen werden, das bei uns bereits vorhanden war bzw. das von der FU Berlin erstellt wurde. Die Texte wurden allerdings mitunter überarbeitet und ins Englische übersetzt.

4. Ziele

Ziel der Einführung von UPprepare ist die Erhöhung des studentenorientierten Services einerseits und die Arbeitsentlastung für die Mitarbeiterinnen andererseits, denn in UPprepare rufen sich die Studierenden die Informationen selbst ab, wobei garantiert wird, dass jeder Nutzer die für ihn relevanten Informationen rechtzeitig bekommt. Somit ist das Ziel, eine sogenannte „Win-Win“-Situation zu erzeugen. Bisher mussten die Informationen per E-Mail und Brief verschickt werden bzw. konnten teilweise auf der Homepage der Universität eingestellt werden. Da die Informationen in UPprepare sehr detailliert dargestellt werden können, ist bereits jetzt deutlich, dass die Anzahl der Rückfragen der Studierenden zurückgeht. Zudem können Anfragen von nicht registrierten Nutzern vermieden werden, wenn die Homepage diverse Details, die in UPprepare dargestellt werden, auslassen kann, da diese für nichtnominierte Studierende (noch) irrelevant sind.

UPprepare soll auch das Informationsangebot für die Studierenden verbessern, da diese alle notwendigen Informationen jederzeit und attraktiv präsentiert in UPprepare finden. Sie sind daher nicht mehr auf die Kommunikation mit den Mitarbeitern angewiesen. Zudem wird die Eigeninitiative

der Studierenden nicht nur angeregt, sondern auch durch die Bearbeitung von Aufgaben gefordert. Durch den in UPprepare zeitlich gegebenen Rahmen wird eine sinnvolle Reihenfolge der zu erledigenden Dinge erzielt, und es wird auf Aufgaben hingewiesen, denen die Studierenden selbst noch keine Beachtung geschenkt haben.

5. Nutzung

Die Nutzer sind in unserem Fall ausländische Programmstudierende und Studierende der Universität Potsdam, die ein Erasmus-Auslandsstudium absolvieren werden. Nominierte Studierende werden per Mail aufgefordert, sich bei UPprepare zu registrieren und nur diese Studierenden können sich erfolgreich registrieren. Die Registrierung ist für nominierte Studierende Pflicht, denn zukünftig werden alle wichtigen Informationen nur noch über UPprepare vermittelt. Etwa 90% der angeschriebenen ausländischen Studierenden haben sich während unserer Testphase auch registriert. Die nichtregistrierten Bewerber haben die Basis-Informationen durch ihre Heimat-Universitäten bzw. durch die Homepage der Universität Potsdam bekommen.

Da die Informationen durch die Registrierung nur für eine definierte Gruppe einsehbar sind, können in UPprepare mehr Details veröffentlicht werden als auf einer Homepage, die öffentlich zugänglich ist. Durch die Registrierung innerhalb einer bestimmten Gruppe werden die Nutzer zielgerichtet zu bestimmten Informationen geführt. Die Studierenden finden dadurch die für sie relevanten Informationen schneller und in gebündelter Form. Eine Homepage kann das in der Regel nicht leisten, da sie Informationen für alle Zielgruppen bereit stellen muss und die Nutzer selbst erkennen müssen, zu welcher Zielgruppe sie gehören, und welche Informationen dementsprechend für sie relevant sind (Abbildung 1).

Das System der gezielten Informationssteuerung besteht aus mehreren inhaltlichen Ebenen: So kommt man inner-

halb einer Gruppe von der Startseite einerseits unter „Prepare“ zu den Aufgaben (Tasks) und andererseits unter „Discover“ zu diversen Themen (Content) wobei schon auf der Startseite die aktuell auszuführenden Aufgaben angezeigt werden.

Die Tasks sind Texte, die zu definierten Zeitpunkten gelesen werden sollen, um die Studierenden über wichtige Schritte zu informieren, und die meistens aktives Handeln nach sich ziehen, wie z.B. das Ausfüllen des Zulassungsantrags. Die Zeitleiste (Timeline) zeigt an, wann welche Aufgabe erfüllt werden sollte. Die Tasks werden dabei in vier zeitliche Kategorien eingeteilt: längst überfällige (Overdue Tasks), aktuelle (Tasks To Do), zukünftige (Future Tasks) und bereits erledigte Aufgaben (Completed Tasks) (Abbildung 2).

Alle Informationen im Content sind zusätzliche Informationen, die die obligatorischen Aufgaben durch weiterführende und breitgefächerte Themen abrunden. So bieten Deutsch-Lektionen den ausländischen Studierenden die Möglichkeit, ihre Sprachkenntnisse zu erweitern. Zudem können Multimedia-Installationen eingepflegt werden (wie zum Beispiel kleine Filme oder Fotos), die noch einmal einen anderen Blickwinkel auf die jeweilige Thematik gestatten (Abbildung 3).

Um UPprepare gleichzeitig verschiedenen Zielgruppen zugänglich machen zu können, werden Nutzergruppen eingerichtet. Die Nutzer einer Gruppe haben Zugriff auf die gleichen Informationen, können aber nicht die Informationen der anderen Gruppen einsehen. Es können beliebig viele Nutzergruppen eingerichtet werden. In unserer jetzigen Testphase gibt es lediglich zwei Gruppen: für die ausländischen Programmstudierenden und für die Erasmus-Studierenden der Universität Potsdam, die sich auf ihren Auslandsaufenthalt vorbereiten. Da sich die beiden Gruppen in unserem Fall stark unterscheiden, müssen die zu erledigenden Aufgaben (Tasks) für die jeweilige Gruppe einzeln definiert werden. Der Themen-Pool (Content) hat hingegen gemeinsame Inhalte, die aber auch der Freigabe

Abbildung 1

Abbildung 2



durch die Editoren bedürfen. So können Informationen bei Bedarf von allen Gruppen genutzt werden, ein automatischer Zugriff auf alle vorhandenen Themen des Themen-Pools wird aber ausgeschlossen, da die Nutzer nur für eine bestimmte Gruppe registriert sind. Die Studierenden werden also beim Navigieren im Programm wieder ganz gezielt genau zu den Informationen geführt, die in dem Moment für sie sinnvoll sind.

Da die Software webbasiert ist, erscheint sie als Webseite und nicht als Programm, das auf dem Computer installiert

werden müsste. Das hat den Vorteil, dass man sich nicht im eigenen Büro befinden muss, um an UPprepare zu arbeiten. Auch für die Nutzer, in unserem Fall die Studierenden und Bewerber, ist die Anwendung webbasiert. Im Folgenden werden die bei der Nutzung zu besetzenden Rollen erläutert:

- Der „Administrator“: schaltet neu registrierte User frei oder kann sie aus dem System löschen, kann User einer anderen Gruppe zuweisen sowie User-Gruppen anlegen (z.B. „Erasmus-Incomings“)

Abbildung 3

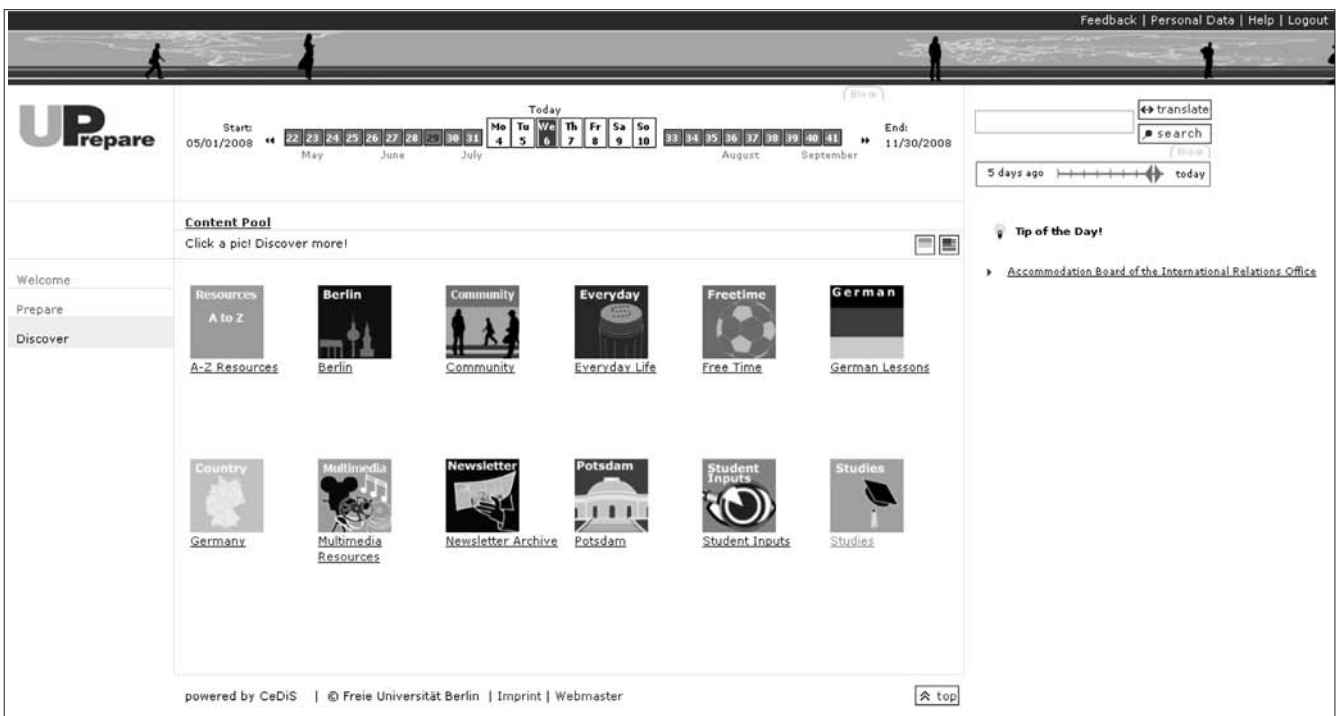
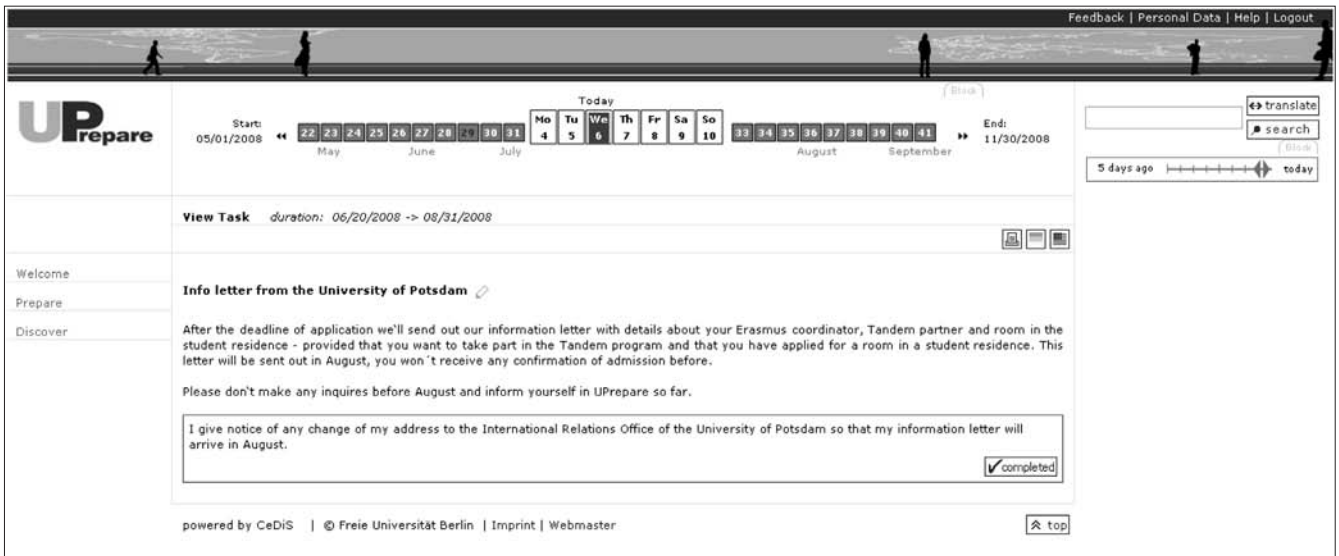


Abbildung 4



- Der "Main Editor": erstellt den Content, kann Newsletter versenden, die Liste der Partner-Universitäten verwalten und Links überprüfen.
- Die „Editoren“ jeder Gruppe: erstellen die Tasks, geben den Content für ihre Gruppe frei, begleiten die Erledigung der Tasks

6. Sprache

Neben der Kernidee von „UPprepare“, Studierende gezielt mit Informationen zu versorgen, ist ein wichtiger Nebeneffekt, dass der Wissenserwerb mit der Sprachvermittlung verbunden wird. Bereits im Eingangsportale des Programms hat der User die Möglichkeit, zwischen deutscher oder englischer Sprache zu wählen, wobei zuerst immer die englische Version angezeigt wird. Die Option, zwischen den Sprachen umzuschalten, bleibt dem User auch während des Lesens der Inhalte erhalten. Die Texte werden für die Incomings jeweils auf Deutsch und auf Englisch abgefasst und eingestellt. Dies bietet den Vorteil, dass ausländische Studierende, die die deutsche Sprache noch nicht gut genug beherrschen, die deutschen Inhalte mit der englischen Version vergleichen können. Zusätzlich zur Sprachumschaltung bietet das System die Möglichkeit, Wörter über die Translate-Funktion zu übersetzen. Diese ist mit dem Online-Übersetzungsportal LEO verbunden, so dass gesuchte Vokabeln sofort gefunden werden können.

7. UPprepare an der Universität Potsdam

Da die Homepage der Universität Potsdam zentral gepflegt wird, haben die Mitarbeiter des Akademischen Auslandsamtes keine Möglichkeit, zeitnah Texte ins Internet einzustellen. UPprepare bietet die Möglichkeit, Einträge jederzeit unkompliziert vornehmen zu können – benötigt wird nur eine Internetverbindung.

7.1 Incoming

Die zu erledigenden Aufgaben der ausländischen Programmstudierenden vor ihrem Studienaufenthalt an der

Universität Potsdam sind hauptsächlich auf die Organisation des Studiums bezogen, können aber auch andere Bereiche betreffen. Zum Beispiel die Wohnungssuche: Die Studierenden sollen sich bis zu einem bestimmten Zeitpunkt entscheiden, ob sie während ihres Studiums an der Universität Potsdam in einem Wohnheim oder in einer Wohnung leben möchten. Diese Entscheidung sollte vor der Ausführung der nächsten Task, dem Ausfüllen des Zulassungsantrages, getroffen werden da der Wohnheimwunsch im Antrag angegeben werden muss. Ein weiteres Beispiel betrifft die Versicherungspflicht: Die Studierenden werden darum gebeten zu überprüfen, ob ihre Krankenversicherung auch während ihres Aufenthaltes in Deutschland gültig ist. Sie erhalten auch Informationen darüber, bei welcher Versicherung in Deutschland sie sich versichern lassen können. Die Aufgaben werden mit einer Frage oder Feststellung beendet, die die Nutzer abhaken können, sobald die Aufgabe erledigt wurde (Abbildung 4).

Im Bereich Incoming konnten wir nach kurzer Zeit feststellen, dass einige der registrierten User schnell damit begannen, die vorgegebenen Aufgaben zu erledigen. Da uns das System die Möglichkeit einräumt, den Task-Verlauf zu begleiten, können wir gezielter auf auftretende Probleme reagieren und bei wiederholten Anfragen zu den gleichen Themen unsere Informationen zeitnah überarbeiten. Dadurch wird ein ständig verbessertes Informationssystem aufgebaut.

7.2 Outgoing

Die Universität Potsdam ist die erste Universität, die das Portal auch für die Vorbereitung der Studierenden nutzbar macht, die im Ausland einen ERASMUS-Studienaufenthalt absolvieren werden. Diesen Studierenden werden bspw. Tasks eingerichtet, die sie daran erinnern, dass und wann sie sich zum Zwecke des Auslandsstudiums beurlauben lassen können oder die sie darüber informieren, welche wichtigen Schritte noch vor der Abreise zu erledigen sind. Im Content-Bereich werden Studierende informiert, was zu tun ist, wenn man den Aufenthalt an der Gastuniversität verlängern möchte, Auslands-BAföG beantragen will oder

ein Auslandspraktikum an den Aufenthalt anschließen möchte. Ein Ziel der Einrichtung der Plattform für diese Outgoing-Studierenden ist es, den Studierenden wichtige Informationen zugänglich zu machen, ohne dass sie auf eine Antwort per E-Mail von der Programmkoordinatorin angewiesen sind, aber auch den E-Mail-Verkehr zu bestimmten – immer wieder für Studierende interessante – Themen zu reduzieren und allen Seiten damit entgegenzukommen.

8. Ungelöste Fragen

Die Texte der Tasks und des Contents müssen in regelmäßigen Abständen aktualisiert werden. Dies führt zu der Frage, wie die kontinuierliche Wartung der eingestellten Inhalte nach Projektablauf durch die Mitarbeiter sicher gestellt werden kann. In diesem Zusammenhang ist die Frage zu diskutieren, welche fakultativen Informationen längerfristig relevant und damit einzupflegen sind.

UPprepare wurde ursprünglich nur für die Nutzung durch ausländische Studierende konzipiert, was sich in den Systemfunktionalitäten widerspiegelt, so z.B. die Voreinstellung Englisch als Systemsprache. Es wäre für die Studierenden, die ins Ausland gehen, angemessener, wenn man für diese Gruppe deutsch als Systemsprache voreinstellen könnte. Dies ist jedoch bisher noch nicht umgesetzt worden.

9. Ausblick

Die Nutzung von UPprepare hat zur Folge, dass wir unsere bisherigen diversen Print-Materialien wie Broschüren, Flyer und Formulare sowie unsere Homepage kritisch überarbeiten müssen, was, positiv betrachtet, einem heilsamen Ordnungsprozess gleichkommt, der aber verständlicherweise für einen begrenzten Zeitraum einen hohen Arbeitsaufwand zur Folge hat. Dies umso mehr, wenn wir nach der Pilotphase weitere Gruppen, z.B. die ausländischen Vollzeitstudierenden, in das System aufnehmen werden. Dies erfordert auf jeden Fall einen finanziell unteretzten Stufenplan für die jeweiligen Einführungsphasen.

Blickt man über das Auslandsamt hinaus, so wird perspektivisch zu überlegen sein, für welche anderen Akteure an der Universität UPprepare Vorteile in der Kommunikation bringen könnte. An den Instituten könnten z.B. die Erasmus-Koordinatoren mit eingebunden werden. Auch die Koordinatoren von Summer Schools könnten mit Hilfe von UPprepare ihre Teilnehmer informieren und mit ihnen kommunizieren.

10. Fazit

Den Studierenden bietet UPprepare die Möglichkeit, sich rund um die Uhr online zu Fragen in Bezug auf das Studium an der Universität Potsdam bzw. im Ausland zu informieren und gezielte Antworten zu finden. Das grafisch anspruchsvolle Programm und das beinahe spielerische Prinzip der Tasks fördert das Interesse der Studierenden und trägt dazu bei, dass relevante Informationen wirklich gelesen werden und dadurch weniger Anfragen notwendig sind. So sparen wir Korrespondenzen zu immer wiederkehrenden Themen. Wir haben nun auch die Möglichkeit, zeitnah selbst Inhalte online zu stellen und gleichzeitig zu verhindern, dass andere als zugelassene Nutzer detaillierte Informationen abrufen können. Wir erwarten auch eine Kostenreduzierung durch geringere Portokosten. Der Bewerbungsprozess der ausländischen Programmstudierenden kann durch die zeitlich angeordneten Tasks besser geregelt und verfolgt werden. UPprepare wird, so unsere Hoffnung, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Akademischen Auslandsamts eine Arbeitserleichterung verschaffen.

Andererseits ist die Einrichtung und regelmäßige Aktualisierung der Informationen in UPprepare arbeitsaufwendig und es muss nach der Testphase geklärt werden, ob UPprepare die Mitarbeiterinnen langfristig entlasten kann.

UPprepare ist im Zeitalter der Technologisierung der Kommunikation eine logische Konsequenz. Zwar gibt es mittlerweile eine kaum überschaubare Vielzahl von Internetplattformen, die täglich mit neuen Informationen gespeist werden, nur stellt sich hier die Frage, ob diese Informationsfülle auch garantiert, dass die Studierenden besser und systematischer vorbereitet sind. Bei UPprepare gehen wir davon aus, dass die User planmäßig die Tasks erledigen und selbständig ihren Lernprozess vorantreiben. Doch was ist mit jenen Studierenden, die über keinen Internetzugang verfügen oder denen ein persönliches Gespräch lieber ist? Diese Studierenden werden trotzdem zum Telefon greifen, in den Sprechzeiten im Akademischen Auslandsamt anrufen und ihre Fragen stellen, die Mitarbeiterinnen werden diese Studierenden auch weiterhin individuell beraten – und das ist auch gut so.

■ **Ute Minckert**, Akademisches Auslandsamt,
Universität Potsdam,
E-Mail: ute.minckert@uni-potsdam.de

■ **Marita Böhning**, Akademisches Auslandsamt,
Universität Potsdam,
E-Mail: marita.boehning@uni-potsdam.de

im Verlagsprogramm:

**Frauke Gützkow und Gunter Quaißer (Hg.):
Jahrbuch Hochschule gestalten 2007/2008 -
Denkanstöße in einer föderalisierten Hochschullandschaft**

ISBN 3-937026-58-4, Bielefeld 2008, 216 S., 27.90 Euro

Bestellung - Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Anke Hanft (Hg.):
Grundbegriffe des Hochschulmanagements



Das Buch liefert grundlegende Informationen zu Managementkonzepten und -methoden sowie zu den derzeit diskutierten Reformansätzen im Hochschulbereich. Erstmals werden dabei auch die durch den Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien in Lehre und Administration ausgelösten Veränderungen umfassend berücksichtigt.

Etwa 100 Begriffe werden in alphabetischer Reihenfolge erläutert. Durch vielfältige Querverweise und ein umfassendes Stichwortverzeichnis ist sichergestellt, dass der Leser schnell und gezielt auf die ihn interessierenden Informationen zugreifen kann.

*ISBN 3-937026-17-7, Bielefeld 2004,
 2. Auflage, 525 Seiten, 34.20 Euro*

Bestellung - E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Liebe Leserinnen und Leser,

nicht nur in dieser lesenden Eigenschaft (und natürlich für künftige Abonnements) sind Sie uns willkommen. Wir begrüßen Sie im Spektrum von Forschungs- bis Erfahrungsberichten auch gerne als Autor/in. Wenn das Konzept der „Zeitschrift für Beratung und Studium“ Sie anspricht - wovon wir natürlich überzeugt sind - dann freuen wir uns über Beiträge von Ihnen in den ständigen Sparten

- Beratungsforschung,
- Beratungsentwicklung/-politik,
- Anregungen für die Praxis/Erfahrungsberichte, aber ebenso
- Rezensionen, Tagungsberichte, Interviews.

Die Hinweise für Autorinnen und Autoren finden Sie unter: www.universitaetsverlagwebler.de.

Anzeigenannahme für die „Zeitschrift für Beratung und Studium“

Die Anzeigenpreise: auf Anfrage beim Verlag

Format der Anzeige: JPeG- oder EPS-Format, mindestens 300dpi Auflösung, schwarz-weiß

UVW UniversitätsVerlagWebler

Der Fachverlag für Hochschulthemen, Bündler Straße 1-3 (Hofgebäude), 33613 Bielefeld

Kontakt: K. Gerber, gerber@universitaetsverlagwebler.de

Hauptbeiträge der aktuellen Hefte Fo, HM, HSW, P-OE und QiW

Auf unserer Homepage www.universitaetsverlagwebler.de erhalten Sie Einblick in das Editorial und Inhaltsverzeichnis aller bisher erschienenen Ausgaben.

Fo

Forschung

Politik - Strategie - Management

Fo 1/2009
Förderung des
Forschungs-Nachwuchses

Forschungsgespräche

Gespräch mit Peter Weingart über den
Wandel der Rolle der Akademien in
Deutschland

Forschungspolitik/
Forschungsentwicklung

Wilhelm Krull
Aus der Zeit gefallen? Chancen und
Risiken der Geisteswissenschaften
oder Crisis - Competition - Creativity.
Changes in German and European
Higher Education, Research and
Technological Development oder
Die kreative Universität der Zukunft

Wolfgang Polt
Innovationseffekte der Forschungs-
projekte im 5. + 6. EU Rahmen-
programm

Wolff-Dietrich Webler
Promotionsphase - Phase des Erwerbs
und Nachweises der Forschungs-
kompetenz allein - oder Vorbereitung
auf vielfältige Leitungsaufgaben in der
Gesellschaft? Lösungskonzepte

HSW

Das Hochschulwesen

Forum für Hochschulforschung, -praxis und -politik

HSW 3/2009
Studierendenauswahl/
Studienzulassung

Hochschulforschung

Karin Schleider & Marion Güntert
„Aufschieberitis und andere
Ausweichstrategien“ - Diagnostik und
Intervention bei studienbezogenen
Lern- und Arbeitsstörungen
am Beispiel der Lehrerbildung

Reinhold Nickolaus & Stephan Abele
Chancen und Grenzen eines
differenzierteren Ansatzes zur
Hochschulbewerberauswahl

Hochschulentwicklung/-politik

Hanna Reuther & Sascha Spoun
Information und Auswahl von
Studierenden als zentraler Faktor für
Studienqualität – erste Erfahrungen
der Leuphana Universität Lüneburg

*Christine Loy, Benedikt Hell &
Bernt-Peter Robra*
Priorisierung ausländischer Bildungs-
abschlüsse bei der Zulassung zum
Medizinstudium

Anregungen für die Praxis/
Erfahrungsberichte

Gunhild Sagmeister
Gesundheitsmanagement unter
TZI-Gesichtspunkten am Beispiel
der Universität Klagenfurt

HM

Hochschulmanagement

Zeitschrift für die Leitung, Entwicklung und Selbstverwaltung von
Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen

HM 1/2009
Kommunikation im
Hochschulmanagement: Führung -
Verhandlung - Qualitätssicherung

Führung und Hochschulsteuerung

Boris Schmidt
„Ein kleines bisschen mehr Führung
und Management wäre schön!“ – Zur
Rezeption des Managementhandelns
deutscher Hochschulleitungen

Karsten König
Innovationen zwischen Markt und
Macht? Verhandlungslösungen in der
deutschen Hochschulsteuerung

Anregungen für die Praxis/ Erfahrungsberichte

Oliver Locker-Grütjen
Erfolgreiches Forschungsmanagement
durch zentrale Einrichtungen
Das Science Support Centre der
Universität Duisburg-Essen als Modell
einer umfassenden Unterstützung für
Wissenschaftler

Karl-Heinz Rau & Brigitte Gaiser
Transparenz und Glaubwürdigkeit sind
die Schlüssel zum Erfolg.
Zur Bedeutung des Qualitäts-
managements in Hochschulen

Rezension

Brigitte Lion:
Dilemma im universitären Alltag.
Irritationen und Widersprüche im
Spiegel von Gesellschaft
und Organisation
(Thade Buchborn)

P-OE**Personal- und Organisationsentwicklung**
in Einrichtungen der Lehre und Forschung

Ein Forum für Führungskräfte, Moderatoren, Trainer, Programm-Organisatoren

P-OE 4/2008
Nachwuchsförderung
und ihre Hindernisse**Personal- und Organisationsentwicklung/-politik***Wolff-Dietrich Webler*

Referentenverträge in der Aus- und Weiterbildung - insbesondere mit Hochschulen als Vertragspartnern

Martin Mehrrens

Führungskräfteentwicklung als kritischer Erfolgsfaktor einer aktiven Hochschulentwicklung

Katharina Dräger & Dagmar Engfer Suter

FokusLaufbahn - Nachwuchsförderung und Gleichstellung an der Universität Zürich

Anregungen für die Praxis/ Erfahrungsberichte*Anika Merschhemke & Stefanie Richter*

Der „English Conversation Table“ – ein Angebot an der Universität Duisburg-Essen zur Förderung des fachübergreifenden Austauschs im Englischen

*Anne Brunner*Team Games – Schlüsselkompetenzen spielend üben
Spiele für Seminar und Übung
Folge 7**QiW****Qualität in der Wissenschaft**

Zeitschrift für Qualitätsentwicklung in Forschung, Studium und Administration

QiW 1+2/2009
Qualitätssicherung**Qualitätsentwicklung/-politik***René Krempkow*

Von Zielen zu Indikatoren – Versuch einer Operationalisierung für Lehre und Studium im Rahmen eines Quality Audit

Uwe Schmidt

Anmerkungen zum Stand der Qualitätssicherung im deutschen Hochschulsystem

Qualitätsforschung*Meike Olbrecht*Qualitätssicherung im Peer Review
Ergebnisse einer Befragung der DFG-Fachkollegiaten*Wolff-Dietrich Webler*„Wieviel Wissenschaft braucht die Evaluation?“
Evaluation von Lehre und Studium als Hypothesenprüfung**Dokumentation**

Sicherung der Qualität von Studium und Lehre made in England

Kalle Hauss & Marc Kaulisch

Diskussion gewandelter Zusammenhänge zwischen Promotion, Wissenschaft und Karriere

**Für weitere Informationen**

- zu unserem Zeitschriftenangebot,
- zum Abonnement einer Zeitschrift,
- zum Erwerb eines Einzelheftes,
- zum Erwerb eines anderen Verlagsproduktes,
- zur Einreichung eines Artikels,
- zu den Autorenhinweisen

oder sonstigen Fragen, besuchen Sie unsere Verlags-Homepage:

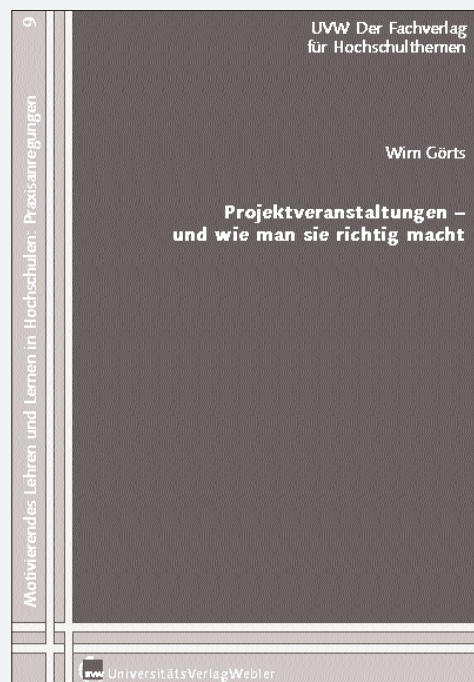
www.universitaetsverlagwebler.de

oder wenden Sie sich direkt an uns:

E-Mail:
info@universitaetsverlagwebler.deTelefon:
0521/ 923 610-12Fax:
0521/ 923 610-22Postanschrift:
UniversitätsVerlagWebler
Bünder Straße 1-3
Hofgebäude
33613 Bielefeld

Wim Görts Projektveranstaltungen – und wie man sie richtig macht

Wim Görts hat hier seinen bisherigen beiden Bänden zu Studienprojekten in diesem Verlag eine weitere Anleitung von Projekten hinzugefügt. Ein variationsreiches Spektrum von Beispielen ermutigt zu deren Durchführung. Das Buch bietet Lehrenden und Studierenden zahlreiche Anregungen in einem höchst befriedigenden Bereich ihrer Tätigkeit. Die Verstärkung des Praxisbezuges der Lehre bzw. der Handlungskompetenz bei Studierenden ist eine häufig erhobene Forderung. Projekte gehören - wenn sie gut gewählt sind - zu den praxisnächsten Studienformen. Mit ihrer ganzheitlichen Anlage kommen sie der großen Mehrheit der Studierenden, den holistischen Lernern, sehr entgegen. Die Realisierung von Projekten fördert Motivation, Lernen und Handlungsfähigkeit der Studierenden erheblich und vermittelt dadurch auch besondere Erfolgserlebnisse für die Lehrenden bei der Realisierung der einer Hochschule angemessenen, anspruchsvollen Lehrziele. Die Frage zum Studienabschluss, in welcher Veranstaltung Studierende am meisten über ihr Fach gelernt haben, wurde in der Vergangenheit häufig mit einem Projekt (z.B. einer Lehrforschung) beantwortet, viel seltener mit einer konventionellen Fachveranstaltung. Insofern sollten Studienprojekte gefördert werden, wo immer es geht. Die Didaktik der Anleitung von Projekten stellt eine „Königsdisziplin“ der Hochschuldidaktik dar. Projekte gehören zum anspruchsvollsten Bereich von Lehre und Studium. Nur eine begrenzte Zeit steht für einen offenen Erkenntnis- und Entwicklungsprozess zur Verfügung. Insofern ist auf die Wahl sowie den Zuschnitt des Themas und die Projektplanung besondere Sorgfalt zu verwenden. Auch soll es der Grundidee nach ein Projekt der Studierenden sein, bei dem die Lehrperson den Studierenden über die Schulter schaut. Die Organisationsfähigkeit und Selbstdisziplin der Studierenden sollen gerade im Projekt weiter entwickelt werden. Der vorliegende Band bietet auch hierzu zahlreiche Anregungen.



ISBN 3-937026-60-6, Bielefeld 2009,
138 Seiten, 19.80 Euro

Bestellung - Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Ursula Walkenhorst, Annette Nauerth, Inge Bergmann-Tyacke, Kordula Marzinzik (Hg.): Kompetenzentwicklung im Gesundheits- und Sozialbereich



ISBN 3-937026-61-4, Bielefeld 2009,
240 S., 29.70 Euro

Vielfältige Veränderungen in der Gesellschaft und neue Anforderungen in der Arbeitswelt machen es erforderlich, die eigenen Kompetenzen umfassend zu reflektieren, einzuschätzen und ggf. zu erweitern. Die Entwicklung, Messung und Anrechnung von Kompetenzen stellt damit in der heutigen Zeit sowohl in der beruflichen Praxis als auch in der Aus-, Fort- und Weiterbildung ein zentrales Thema dar. Der Kompetenzforschung kommt hierbei eine bedeutsame Rolle zu. Fragestellungen zu diesem Thema werden aus der Perspektive unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen aufgegriffen und bearbeitet. Der vorliegende Band widmet sich dieser Thematik aus der Perspektive der Gesundheits- und Sozialberufe. Die Diskussionen um die Analyse und Entwicklung von Kompetenzprofilen, Möglichkeiten zur Messung und Anrechnung von Kompetenzen aus der beruflichen Praxis auf Hochschulstudiengänge sowie die theoretische Betrachtung des derzeitigen Kompetenzverständnisses werden durch aktuelle Ergebnisse und Erkenntnisse aus der Kompetenzforschung in diesem Band dargestellt und diskutiert. Hier zeigt sich für den Gesundheits- und Sozialbereich eine differenzierte und vielfältige Auseinandersetzung.

Hintergrund dieser Veröffentlichung ist die Entwicklung der Kompetenzplattform „KomPASS“ an der Fachhochschule Bielefeld. „KomPASS“ ist ein Verbund von Forschern und Forscherinnen aus den Bereichen Pflege und Gesundheit sowie Sozialwesen, die sich sowohl anwendungs- als auch grundlagenorientiert mit der Thematik „Kompetenzentwicklung im Gesundheits- und Sozialbereich“ beschäftigen.

Bestellung - Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22